

FVF  
FORUM VORMÄRZ FORSCHUNG  
Jahrbuch 2004

Vormärz und Exil  
Vormärz im Exil

AISTHESIS VERLAG

AV

Kuratorium:

Erika Brokmann (Detmold), Birgit Bublies-Godau (Bochum), Claude Conter (Luxembourg), Norbert Otto Eke (Amsterdam), Jürgen Fohrmann (Bonn), Martin Friedrich (Berlin), Bernd Füllner (Düsseldorf), Detlev Kopp (Bielefeld), Rainer Kolk (Bonn), Hans-Martin Kruckis (Bielefeld), Christian Liedtke (Düsseldorf), Carsten Martin (Dortmund), Harro Müller (New York), Maria Pörmann (Köln), Rainer Rosenberg (Berlin), Peter Stein (Lüneburg), Florian Vaßen (Hannover), Michael Vogt (Bielefeld), Fritz Wahrenburg (Paderborn), Renate Werner (Münster)

FVF  
FORUM VOMÄRZ FORSCHUNG

Jahrbuch 2004  
10. Jahrgang

Vormärz und Exil  
Vormärz im Exil

herausgegeben von

Norbert Otto Eke und Fritz Wahrenburg

AISTHESIS VERLAG

Das FVF im Internet: [www.vormaerz.de](http://www.vormaerz.de)

Bibliographische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Das FVF ist vom Finanzamt Bielefeld nach § 5 Abs. 1 mit Steuer-Nr. 305/0071/1500 als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Redaktion: Detlev Kopp

© Aisthesis Verlag Bielefeld 2005  
Postfach 10 04 27, D-33504 Bielefeld  
Satz: Germano Wallmann, [info@geisterwort.de](mailto:info@geisterwort.de)  
Druck: DIP Digital Print, Witten  
Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3-89528-526-9  
[www.aisthesis.de](http://www.aisthesis.de)

Birgit Bublies-Godau (Dortmund/Bochum)

## Parteibildungsprozesse im vormärzlichen Exil: Die deutschen Auslandsvereine in Paris

Ein Blick auf den geheimen „Bund der Geächteten“ von 1834/36  
und das Wirken seines Anführers Jakob Venedey (1805-1871)\*

### 1. Problemaufriß

[...] Partei! Partei! Wer sollte sie nicht nehmen,  
Die noch die Mutter aller Siege war!  
Wie mag ein Dichter solch ein Wort verfemen,  
Ein Wort, das alles Herrliche gebar?  
Nur offen wie ein Mann: Für oder wider?  
Und die Parole: Sklave oder frei?  
Selbst Götter stiegen vom Olymp hernieder  
Und kämpften auf der Zinne der Partei!

Sieh hin! dein Volk will neue Bahnen wandeln!  
Nur des Signales harrt ein stattlich Heer;  
Die Fürsten träumen, laßt die Dichter handeln!  
Spielt Saul die Harfe, werfen wir den Speer!  
Den Panzer um – geöffnet sind die Schranken,  
Brecht immer euer Saitenspiel entzwei,  
Und führt ein Fähnlein ewiger Gedanken  
Zur starken, stolzen Fahne der Partei! [...]

---

\* Der folgende Beitrag basiert auf langjährigen Forschungen zur Geschichte der deutschen Demokratie im ‚langen‘ 19. Jahrhundert, ihrer Strömungen, Bewegungen, Organisationen und Parteien und zu meiner vor dem Abschluß stehenden Dissertation „Für Volk, Freiheit, Menschenrecht und Vaterland – Jakob Venedey (1805-1871). Ein Leben im Zeichen der Demokratie.“ Er gibt in Auszügen einige Erkenntnisse aus dieser Studie und anderen Vorarbeiten wieder; in der Dissertationsschrift finden sich dann auch weitere Ausführungen zu dem Thema sowie zusätzliche bibliographische Hinweise und Belege. Den Beitrag selbst möchte ich Jakob Venedey als einer zentralen Leitfigur der frühen deutschen Demokratie im 19. Jahrhundert zu seinem 200. Geburtstag am 24. Mai 2005 widmen.

Ihr müßt das Herz an eine Karte wagen,  
 Die Ruhe über Wolken ziemt euch nicht;  
 Ihr müßt euch mit in diesem Kampfe schlagen,  
 Ein Schwert in eurer Hand ist das Gedicht.  
 O wählt ein Banner, und ich bin zufrieden,  
 Ob's auch ein andres, denn das meine sei;  
 Ich hab' gewählt, ich habe mich entschieden,  
 Und meinen Lorbeer flechte die Partei!<sup>1</sup>

In diesen Zeilen seines Gedichtes „Die Partei“ legte der Lyriker Georg Friedrich Herwegh Ende Oktober 1841 sein politisches Glaubensbekenntnis für einen revolutionären Aktionismus und für eine die Freiheit erkämpfende Partei ab. Er, der handelnde, „auf der Zinne der Partei“ stehende Dichter, wandte sich mit diesem an Ferdinand Freiligrath adressierten, agitatorischen Pamphlet nicht nur gegen die unpolitische Haltung seines literarischen Kollegen, mit dem er innerhalb der Schriftsteller-Gruppe des Jungen Deutschland eine poetische Fehde über die Rolle des Dichters und Künstlers in der Politik ausfocht, sondern bezog mit seinem Credo zur politischen Parteinahme und -praxis, zum „Engagement für die Freiheit und den Fortschritt“, aus radikaldemokratischer Sicht auch Stellung in der von der politischen Öffentlichkeit des vor-märzlichen Deutschland leidenschaftlich und kontrovers geführten Debatte über Sinn und Zweck von ‚Partheyen‘.<sup>2</sup> Diese hier nur angedeutete

<sup>1</sup> Zitiert nach: Georg Herwegh: Die Partei. An Ferdinand Freiligrath, abgedr. in: Theodor Schieder: Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus, in: *Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien* hg. von Gilbert Ziebura. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1969, S. 33-56, hier S. 55-56; siehe auch: Heidemarie Vahl/Ingo Fellrath (Bearb.): „Freiheit überall, um jeden Preis!“ Georg Herwegh 1817-1875. *Bilder und Texte zu Leben und Werk*. Stuttgart: J.B. Metzler, 1992, insbes. S. 37-38, 89 u. 162-164. Ursprünglich veröffentlicht u.a. in den *Sächsischen Vaterlandsblättern* in Dresden am 1. Februar und in der *Rheinischen Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe* in Köln am 27. Februar 1842.

<sup>2</sup> Ferdinand Freiligrath hatte in dem Gedicht „Aus Spanien“, das er im *Morgenblatt für gebildete Stände* 1841 veröffentlicht hatte, die Auffassung vertreten, daß „Der Dichter [...] auf einer höhern Warte,/ Als auf den Zinnen der Partei“ stehen würde. Bereits drei Jahre später, 1844, gab Freiligrath in der Lyriksammlung „Ein Glaubensbekenntnis“ diese unpolitische Haltung wieder auf. Zitiert nach: Ferdinand Freiligrath: *Sämtliche Werke in zehn Bänden* hg. von Ludwig Schröder. Bd. 5. Leipzig: Max Hesses Verlag, 1907, S. 13-15; Vahl/Fellrath, *Georg Herwegh* (wie Anm. 1), S. 37-38 u. 162. Zur Debatte über die

Diskussion, die den „Übergang von der philosophischen Kritik zur politischen Praxis der Partei“<sup>3</sup> – exemplarisch verdeutlicht an Herweghs eindringlichem Plädoyer – markierte, soll zum Anlaß genommen werden, einen Forschungsgegenstand anzusprechen, der in den letzten zwei Jahrzehnten innerhalb der Historik etwas aus der Mode gekommen zu sein scheint bzw. mit der Ausdifferenzierung und Ausweitung geschichtswissenschaftlicher Erkenntnisinteressen, Aufgabenstellungen und Forschungsfelder in einer Flut von ideen-, politik-, sozial- und verfassungshistorischen Einzelstudien, die den Blick für das große Ganze leicht verstellen können, unterzugehen droht: die deutsche Parteiengeschichte und insbesondere ihre Entstehung und Entwicklung vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts.

Stand die ältere Parteienhistoriographie vor dem Zweiten Weltkrieg noch weitgehend vor dem Problem der Trennung von politischer Ideen- und Parteiengeschichte und der Etablierung eines eigenen Theorie- und Methodenansatzes, und konzentrierte sie sich hauptsächlich auf die einseitige Darstellung der großen politischen, männlichen Denker bzw. auf die Persönlichkeiten, die Parteien-Geschichte schrieben, so profitierte die neuere Forschung nach 1945 von der allgemein positiveren Einschätzung von Parteien als verfassungsrechtlich geschützten, staatstragenden Elementen in pluralistischen Demokratien und wandte sich im Anschluß an die ab den 1960er Jahren in die bundesrepublikanische Geschichtswissenschaft Einzug haltende Sozialgeschichtsschreibung und deren Methodik auch der bisher vernachlässigten Strukturanalyse des Parteiensystems zu. Nachdem die auf diesem Felde liegenden Desiderata größtenteils ausgeräumt worden waren, erkannte die sich den Ursprüngen und Anfängen der deutschen Parteien widmende Fachhistorie, daß sie mit einer rein strukturgeschichtlichen Untersuchung und der damit häufig korrespondierenden Übertragung moderner Parteibegriffe, -verständnisse und einer aus der Gesellschaftsgeschichte abgeleiteten Klassenkampfterminologie auf eine noch vorindustrielle, traditionale Gesellschaft dem politischen Alltag und der gesellschaftlichen Realität des deutschen Vormärz wie den Wirkungsmöglichkeiten sozio-politischer Gruppierungen in dieser Zeit nicht gerecht wurde und diese auch nicht vollständig erfassen

---

Parteien im Vormärz siehe auch: Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat*. 4. Aufl. München: C.H. Beck, 1987, S. 377-396, hier S. 378.

<sup>3</sup> Theodor Schieder, *Die Theorie der Partei* (wie Anm. 1), S. 38.



konnte. Denn das gesellschaftspolitische Denken der damaligen Gruppierungen orientierte sich noch an den zwischen 1815 und 1848 im Deutschen Bund existierenden Herrschaftsordnungen. Angesichts des sich abzeichnenden Zerfalls dieser alten Machtstrukturen suchten die vormärzlichen Politiker und Theoretiker zwar fieberhaft nach neuen Ordnungsgefügen, Politikentwürfen und Handlungsräumen, doch aufgrund der obrigkeitlichen Willkür, staatlichen Verfolgungspraxis und Zensurmaßnahmen konnten sie diese kaum in der politischen Öffentlichkeit, sondern eigentlich nur im halböffentlichen Raum oder in dem im Untergrund tätigen Assoziationswesen erproben.

Um dem auf diese Weise vom vormärzlichen Staat erzwungenen Vorsprung der politischen Theorie vor der Praxis und um den diversen Assoziationen als bürgerlichen Artikulationsforen und Orten zur Einstudierung demokratischer Verhaltensweisen wissenschaftlich angemessen Rechnung zu tragen, versuchte die historische Parteienforschung über die Einbeziehung und Aneignung innovativer Untersuchungsansätze und Verfahrensweisen aus der Sozial-, Mentalitäts-, Medien-, Geschlechter- und Kulturgeschichtsforschung für sich neue Perspektiven, Fragestellungen und Zugänge zu entwickeln, die zum einen zu ihrer theoretisch-methodischen Erweiterung – wie im übrigen auch zu derjenigen der Politikgeschichte insgesamt – führten und die es ihr zum anderen erlaubten, sich wieder auf den einzelnen Menschen und dessen Lebenswelt, sein Denken und Handeln zu konzentrieren und diese mit Hilfe jener neuartigen Untersuchungswege in ihrer ganzen Vielfalt und Vielschichtigkeit zu erfassen. Durch diese Neuorientierung erschloß sich die Parteienforschung wieder ein breiteres thematisches Spektrum an Untersuchungsgegenständen, das seit den 1970er Jahren auch mit einer zunehmenden Spezialisierung der jeweiligen historiographischen Richtungen einherging; zu nennen wäre in dem Zusammenhang etwa die Aufklärungs-, Jakobinismus-, Revolutions-, Protest- und Vereinsforschung, aber auch die Erforschung der Arbeiterschaft, von Minderheiten wie Juden und Frauen oder die Erkundung demokratischer und sozialer Bewegungen.

Waren diese Untersuchungsfelder zum frühen Parteiwesen von der stark historistisch geprägten Historikerzunft vor dem Zweiten Weltkrieg noch vernachlässigt oder ziemlich undifferenziert unter die allgemeine Staaten- und Verfassungs- oder Politische Ideengeschichte subsumiert worden, und waren die Fachhistoriker damit der Vielfalt sozio-politischer Vorformen deutscher Parteien in keinster Weise gerecht geworden, so ist in der heutigen Geschichtsschreibung eher ein gegenläufiger

Trend zu beobachten: Trotz der in den letzten Jahrzehnten stetig steigenden Zahl an Publikationen zu den politischen Strömungen, demokratischen Bewegungen, zum bürgerlichen Vereinswesen, zur Arbeiterbewegung und zur Parteiengeschichte *ab* 1848 fehlt es in der jüngeren Parteienhistoriographie der letzten 20 Jahre – abgesehen von einigen zentralen Überblicksdarstellungen, lexikalischen Standardwerken, wichtigen Handbuchartikeln und Einzelstudien zu ausgewählten Problemen der deutschen Parteienlandschaft – an einer auf den aktuellen Forschungsstand gestützten und am Facettenreichtum der verschiedenen Vereinigungen und Gesellschaften orientierten Gesamtbetrachtung zur Geschichte des deutschen Parteiwesens *seit* der Restaurations- und Vormärzepoche<sup>4</sup>, ganz zu schweigen von der beinahe unerfindlichen Scheu mancher Historiker, den Begriff *Partei* auch auf diejenigen politisch-organisatorischen Vorläufer auszudehnen, die sich zur Zeit der Französischen Revolution formiert oder sogar schon früher in den Jahrzehnten der Aufklärung im 18. Jahrhundert bestanden haben.

Dieses Desiderat kann natürlich nicht im Rahmen der vorliegenden Abhandlung behoben werden, aber an dieser Stelle soll dennoch auf drei zentrale Problemfelder der sich mit der frühen Parteien- und Vereinsgeschichte beschäftigenden historiographischen Richtungen aufmerksam gemacht werden, die zum Dreh- und Angelpunkt der wissenschaftlichen Auseinandersetzung geworden sind: Erstens die Datierungsfrage zur Entstehung politischer Parteien in Deutschland, zweitens die diffizile definitorische Erfassung des Terminus *Partei* vor dem Hintergrund seiner begriffs-, theorie- und organisationsgeschichtlichen Entwicklung und drittens die vielen unterschiedlichen Zugriffe und Verfahrensweisen, mit denen Historiker den Phänomenen *Partei*, *Verein* oder *politische Bewegung*

<sup>4</sup> Dazu zählen die Arbeiten von: Uwe Backes: *Liberalismus und Demokratie – Antinomie und Synthese. Zum Wechselverhältnis zweier politischer Strömungen im Vormärz*. Düsseldorf: Droste, 2000; Hans Fenske: *Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. Paderborn/München u.a.: Ferdinand Schöningh, 1994; Gerhard A. Ritter: *Die deutschen Parteien 1830-1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1985; Klaus von Beyme: Artikel: Partei, Faktion, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland* hg. von Otto Brunner, Werner Conze u. Reinhart Koselleck, Bd. 4: *Mi-Pre*. Studienausgabe. Stuttgart: Klett-Cotta, 2004, S. 677-733; Dieter Fricke/Werner Fritsch/Herbert Gottwald u.a. (Hg.): *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945)*, 4 Bde. Köln/Leipzig: Pahl-Rugenstein, 1983-86.

zu Leibe rücken und sie dann häufig unverbunden, manchmal aneinander vorbei oder sogar strikt getrennt behandeln.

An diese Problemfelder knüpft die vorliegende komprimierte Abhandlung zur Geschichte deutscher Parteien zwischen 1789 und 1848/49, dargestellt am Beispiel der sich im vormärzlichen Exil in West- und Mitteleuropa bildenden Handwerkerbünde, Arbeiter- und Auslandsvereine als spezifische ‚Parteien-Vorformen‘, unmittelbar an. Dabei geht die Untersuchung von der Annahme aus – und diese liegt, mit wenigen Ausnahmen<sup>5</sup>, quer zur vorherrschenden Forschungsmeinung der Parteienhistoriographie –, daß zum einen der Konstituierungs- und Formierungsprozeß deutscher Parteien generell um beinahe 60 bis 70 Jahre zeitlich vorverlegt und zum anderen eine Definition von *Parteien* aus dem historisch vielfältigen Sprachgebrauch und Verständnis der Zeitgenossen heraus entwickelt werden sollte, die den sprachlichen Eigenarten des Terminus *Partei* wie der uneinheitlichen Wortbildung und ungewöhnlichen Austauschbarkeit mit anderen politischen Begriffen und dem damit einhergehenden reichen politischen Wortschatz in der fixierten Epoche Rechnung trägt und die die von anderen Forschungsrichtungen – etwa der Vereinshistoriographie – untersuchten organisatorischen Phänomene *Verein*, *Sozietät*, *Gesellschaft*, *Klub*, *Zirkel* oder *Bund* in ihren begrifflichen und theoretisch-methodischen Unterbau miteinbindet. Anders gesagt: Die überwiegend im Geheimen agierenden Handwerkerbünde und Auslandsvereine im vormärzlichen Exil werden im folgenden als ein bestimmter Typ des frühen deutschen Parteiwesens präsentiert, der sich in eine historische Entwicklungslinie einordnen läßt, die von den aus der deutschen Aufklärung stammenden politischen Strömungen und ihren Artikulationsforen, den gelehrten, literarischen, patriotisch-gemeinnützigen und geheimen Gesellschaften, über die neojakobinischen konstitu-

<sup>5</sup> Gedacht ist hier in erster Linie an Hans Fenskes „*Deutsche Parteiengeschichte*“ aus dem Jahre 1994 (wie Anm. 4), der in seinem Überblickswerk – wenn auch in knapper Form – die politischen Strömungen und Ideenkreise des 18. Jahrhunderts behandelt, aus denen sich die ersten weltanschaulich-politischen Gruppierungen und Parteien in Deutschland gebildet haben (ebd., S. 19-37). Gesamtdarstellungen zu diesem Themenkomplex sind auch in der Vereinshistoriographie selten, vgl. dazu vor allem: Wolfgang Hardtwig: *Genossenschaft, Sekte, Verein in Deutschland. Vom Spätmittelalter bis zur Deutschen Reichsgründung*, Bd. 1. München: C.H. Beck, 1997; Ders.: Artikel: Verein, Gesellschaft, Geheimgesellschaft, Assoziation, Genossenschaft, Gewerkschaft, in: Brunner/Conze/Koselleck, *Geschichtliche Grundbegriffe* (wie Anm. 4), Bd. 6: *St-Vert*. Studienausgabe, S. 789-829.

tionellen Zirkel zur Zeit der Französischen Revolution, die nationale Volksbewegung in den Jahren der Erhebung gegen Napoleon, die burschenschaftlichen Studentenverbindungen und städtischen Geselligkeitsvereine der Restaurationszeit, bis hin zu der im Zeichen von Julirevolution und Hambacher Fest 1830/32 stehenden Verfassungs- und Demokratiebewegung, den oppositionellen liberal-konstitutionellen Fraktionen in den Ständeversammlungen und Landtagen Süddeutschlands und den frühsozialistischen Auslandsvereinen und intellektuellen Exilantenzirkeln in Westeuropa im Vormärz reicht. Sie markieren demgemäß eine von mehreren Entwicklungsphasen in der deutschen Parteiengeschichte, in denen sich das deutsche Parteiwesen formierte, immer weiter ausdifferenzierte und zugleich konsolidierte, so daß bei Ausbruch der 1848er-Revolution nur bestimmte Traditions- und bereits vorhandene Wissensbestände abgerufen und aufgegriffen werden mußten, damit sich organisierte, politische Grundüberzeugungen vertretende, parlamentarisch agierende Gruppierungen bilden konnten und in der Folge eine plurale Mehr-Parteienlandschaft entstehen konnte.

Um im Anschluß an diese Überlegungen eine Neudefinition des Partiebegriffs zu ermöglichen und um einen Beitrag zur Geschichte „deutscher Parteien zwischen den Revolutionen“ überhaupt leisten zu können, läßt sich die Untersuchung von folgenden Fragen leiten: Was kann man überhaupt unter ‚Partheyen‘ in Deutschland zwischen 1789 und 1848/49 verstehen? Und wie soll der Historiker die feststellbaren weltanschaulich-politischen Strömungen, Bewegungen und Bestrebungen einordnen und bewerten, wenn er sich die anvisierten sechs Jahrzehnte mit ihren gewaltigen politischen Umwälzungen und beispiellosen sozioökonomischen Veränderungen in ganz Europa sowie den gleichzeitig existierenden restaurativen Tendenzen in den Macht- und Herrschaftsstrukturen des Deutschen Bundes vor Augen führt? Genauer gefragt: Kann man eigentlich mit Blick auf diesen Zeitraum in Deutschland von Parteien im modernen Sinne, das heißt von

Organisationen, die auf der Grundlage gemeinsamer politischer Ziele und Überzeugungen die staatliche und öffentliche Willensbildung beeinflussen und ihre Repräsentanten in ein Parlament entsenden wollen und sich nicht auf die Vertretung bestimmter Teilbereiche wie Berufsinteressen beschränken<sup>6</sup>,

---

<sup>6</sup> Dieter Langewiesche: Vereins- und Parteibildung in der Revolution von 1848/49 – Ein Diskussionsbeitrag, in: *Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in*

sprechen, oder muß man nicht vielmehr – um der damaligen Situation gerecht werden zu können – sich auf eine historische, den politischen und gesellschaftlichen Standort der Zeitgenossen widerspiegelnde Sprachenebene einlassen, die den Terminus *Partei* viel weiter faßt und zugleich genauer differenziert als die genannte gängige Definition, um sich so der faszinierenden Vielfalt und dem breiten Spektrum der damals bestehenden Organisations- und Vereinigungsformen öffnen zu können? Und muß dies nicht erst recht für frühdemokratische Parteitypen wie den hier thematisierten Bund der Geächteten von 1834/36 gelten, der von der historischen Forschung bislang eher stiefmütterlich behandelt wurde und sich eben nicht ohne weiteres unter den in der deutschen Vereins- und Parteienhistoriographie gebräuchlichen wissenschaftlichen Parteibegriff subsumieren läßt, da jene sich im Gegensatz zur anglo-amerikanischen Parteienforschung nach wie vor stark an Organisationsphänomenen orientiert und den deutschen

Parteityp des späten 19. Jahrhunderts mit seinen strikten Hierarchien und ehernen Oligarchien zum Maßstab von Parteibildung überhaupt (macht) – mit dem Ergebnis, daß bestimmte frühe Basisprozesse der Parteibildung in der Frühen Neuzeit und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht in den Blick kommen und ein internationaler Vergleich kaum möglich ist?

Sollte also, um diesen Fragenkatalog hier abzuschließen, die deutsche Parteienforschung nicht ihre starre Fixierung auf die überbetonte Epochenäsur von 1848 und auf die Parteiterminologie und -typologie des späten 19. Jahrhunderts – die nur bewirkt, daß außerparlamentarische oppositionelle politische Bestrebungen wie der Pariser Geheimbund aus den gängigen historiographischen Zuordnungsrastern herausfallen

---

*Deutschland* hg. von Otto Dann. München: R. Oldenbourg, 1984, S. 51-53, hier S. 52-53. Ob bereits die jakobinischen Volksgesellschaften des späten 18. Jahrhunderts als „Frühformen politischer Parteien“ bezeichnet werden können, oder ob für eine Definition des Parteibegriffs doch die parlamentarische Arbeit der Organisationen zum entscheidenden Kriterium erhoben werden muß, ist in der Parteienforschung umstritten. Dazu: Axel Kuhn: Die Stellung der deutschen Jakobinerklubs in der Frühgeschichte deutscher Parteien, in: *Die demokratische Bewegung in Mitteleuropa im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert. Ein Tagungsbericht* hg. von Otto Büsch u. Walter Grab. Berlin: Colloquium, 1980, S. 73-82, hier S. 73; Gerhard A. Ritter: Einleitung, in: *Die deutschen Parteien vor 1918* hg. von dems. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1973, S. 9-25, insbes. S. 9.

– aufgeben zugunsten einer Ausrichtung, die ihr die Mittel und Möglichkeiten zu einer Untersuchung einräumt, wie „politische Gesinnungen von traditionellen ‚Parteiungen‘ übernommen wurden, die damit zu ‚Parteien‘ wurden“<sup>7</sup>?

Möchte man also neue Wege bei der Erforschung und Darstellung der Geschichte des deutschen Parteiwesens vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts beschreiten und zu diesem Zweck weitergehende Ansätze in der Parteiengeschichtsschreibung entwickeln, denkt man dann an die im Prinzip simple Tatsache, daß Parteien und ihre Vorläuferorganisationen erst durch ihre Mitglieder und ihre – im Sinne Max Webers<sup>8</sup> – charismatischen Führerfiguren ihr eigenes weltanschaulich-programmatisches wie politisch-praktisches Profil erhalten, so stößt man auf die dieser Abhandlung zugrundeliegenden Ausgangsgedanken: Daß eine Parteiengeschichte für diesen Zeitraum nicht mehr ausschließlich auf der Grundlage organisationssoziologischer und strukturgeschichtlicher Studien geschrieben werden kann, sondern daß im Rahmen einer derartigen Darstellung auch die Menschen zu Wort kommen müssen, die in irgendeiner Form in den damaligen Vereinigungen aktiv tätig gewesen sind und die politische Richtung wie auch das öffentliche Erscheinungsbild derselben maßgeblich beeinflusst und geprägt haben. Dementsprechend beginnen die nachstehenden Ausführungen in einem ersten Schritt mit einer konzisen begriffs-, theorie- und organisationsgeschichtlichen Analyse der Phänomene *Partei* und *Verein*. Konkret bedeutet dies, daß in einem Teil des Aufsatzes die deutschen Handwerkerbünde, Arbeiter- und Auslandsvereine zwischen 1832 und 1842 am Beispiel der in Paris bestehenden Vereinigung des Bundes der Geächteten genau untersucht und die typischen Charakteristika desselben herauspräpariert werden und auf diese Weise die Entwicklung des Vereinsbegriffs und Vereinswesens im Vormärz nachvollzogen wird. In einem zweiten Schritt kommen dann entscheidende Phasen, Stationen und Wege aus dem Leben des Schriftstellers, Journalisten, Historikers und Politikers Jakob Venedey als eines Protagonisten der oppositionellen Demokratiebewegung in Deutschland zwischen 1830 und 1848 zur Spra-

<sup>7</sup> Paul Nolte: Der südwestdeutsche Frühliberalismus in der Kontinuität der Frühen Neuzeit, *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* (demn.: GWU) 43 (1992), S. 743-756, zit. nach Vorabdruck, S. 1-14, hier S. 11, Anm. 24.

<sup>8</sup> Zum Charisma des politischen Führers vgl. Webers Ausführungen in: Max Weber: *Politik als Beruf*. 2. Aufl. München: Duncker & Humblot, 1926; *Neudr. Mit einem Nachwort von Ralf Dabrendorf*. Stuttgart: Reclam, 2002.

che. Dabei wird in einem weiteren Teil des Aufsatzes vor allem auf diejenigen Abschnitte seines Lebenslaufs, seiner beruflichen Laufbahn und parteipolitischen Karriere eingegangen, die unmittelbar mit seiner Tätigkeit im Pariser Bund der Geächteten von 1834/36 zu tun gehabt haben und Rückschlüsse auf sein politisches Denken und Handeln im französischen Exil erlauben. Infolgedessen werden sowohl seine besondere Situation als politischer Refugié im Frankreich der orléanistischen Julimonarchie, als auch seine herausragende Stellung als Führer des Geheimbundes und Herausgeber des Bundesorgans „Der Geächtete“ sowie nicht zuletzt seine in der Zeitschrift ausgebreiteten politisch-sozialen Vorstellungen und seine programmatische und praktische Parteiarbeit eingehend geschildert. Mit Hilfe dieses historisch-biographischen Ansatzes werden so Schritt für Schritt Merkmale des zeitgenössischen Parteienverständnisses herausgearbeitet und ein aus der Geschichte hergeleitetes Begriffsinstrumentarium entwickelt, das den zwischen 1789 und 1848/49 bestehenden ‚deutschen Partheyen‘ tatsächlich gerecht und mit dessen Hilfe eine moderne Parteiengeschichte zwischen Französischer Revolution und europäischer Achtundvierzigerrevolution geschrieben werden kann.

## 2. Handwerkerbünde, Arbeiter- und Auslandsvereine

Schon allein die hier nur angedeuteten sprachlichen Bestimmungen, die sich aus Georg Herweghs eingangs zitierter Agitprop-Lyrik ableiten lassen – wie zum Beispiel Parteinahme, -engagement, -lehre, -politik, -praxis usw. – zeugen von einer historischen Begriffsvielfalt, die sprachgeschichtlich die „Geburtsstunde deutscher Parteien“<sup>9</sup> in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts begleitete und zeitlich mit dem Verlauf von aufeinander aufbauenden, die einzelnen Bevölkerungsschichten unterschiedlich

<sup>9</sup> Zur Geburtsstunde politischer Parteien in Deutschland vgl.: Kuhn, Frühgeschichte deutscher Parteien (wie Anm. 6), S. 77; Dieter Langewiesche: Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49, in: *Geschichte und Gesellschaft* (demn.: GG) 4 (1978), S. 324-361, hier S. 361. Während Kuhn in seinem Artikel bereits in den rheinischen Konstitutionellen Zirkeln von 1798 mit ihrem charakteristischen hohen Organisationsgrad die „Geburtsstunde deutscher Parteien“ sieht, erblickt Langewiesche in seinem Aufsatz erst in dem 1848/49 ausgebildeten Vierparteiensystem „die Geburtsstunde des modernen deutschen Parteiwesens“.

erfassenden Politisierungswellen und mit der allmählichen Konstituierung der politischen Öffentlichkeit einherging. Eingebunden in einen übergeordneten gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozeß von der alteuropäischen spätabolutistischen Ständegesellschaft zur modernen kapitalistisch orientierten, freiheitlich-demokratisch verfaßten Industriegesellschaft<sup>10</sup>, spiegelten diese Politisierungswellen und die Ausdifferenzierung der politischen Öffentlichkeit die verschiedenen zeitlichen und strukturellen Phasen der Emanzipationsbestrebungen des aufsteigenden und um politische Partizipation ringenden Bürgertums wider und wurden in der Geschichtswissenschaft in Studien zur „Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland“ zwischen 1770 und 1815, zu den Anfängen der politischen Vereinsbildung in ihrer ersten Phase von 1765 bis 1819, zum Aufkommen neuer demokratischer und sozialemanzipatorischer Protest- und Oppositionsbewegungen zwischen Wiener Kongreß und 1848er Revolution sowie schließlich zur „Aus- und Umbildung der deutschen Parteien“ im frühen 19. Jahrhundert erfaßt und beschrieben.<sup>11</sup> Inwiefern die vormärzliche, radikaldemokratisch und frühsozialistisch orientierte Handwerker- und Arbeiterbewegung an diesen gesellschaftli-

---

<sup>10</sup> Formuliert nach einer Umschreibung von Hans-Ulrich Wehler, der in seiner „*Deutschen Gesellschaftsgeschichte*“ von dem „komplizierten Transformationsprozeß“ spricht, der in nicht einmal zweihundert Jahren aus den nahezu zehntausend agrarisch-frühkapitalistischen, aristokratisch-patrizischen, ständisch-abolutistischen Herrschaftsverbänden des alteuropäischen Deutschland die interventionsstaatlich regulierte, republikanisch-demokratisch verfaßte Gesellschaft des hochorganisierten Industriekapitalismus unserer Gegenwart gemacht“ habe. Vgl. Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700-1815*. München: C.H. Beck, 1987, S. 6.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu: Fritz Valjavec: *Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770-1815*. Düsseldorf: Athenäum/Droste, 1978; Otto Dann: Die Anfänge politischer Vereinsbildung in Deutschland, in: *Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt. Festschrift Werner Conze zum 31. Dezember 1975* hg. von Ulrich Engelhardt, Volker Sellin u. Horst Stuke. Stuttgart: Klett, 1976, S. 197-232, wieder abgedr. in: Ders.: *Vereinsbildung und Nationsbildung. Sieben Beiträge* hg. von Albert Eßer, Johannes Kroll u.a. Köln: SH-Verlag, 2003; Helmut Reinalter (Hg.): *Demokratische und soziale Protestbewegungen in Mitteleuropa 1815-1848/49*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1986; Thomas Nipperdey: Grundprobleme der deutschen Parteigeschichte im 19. Jahrhundert, in: Ritter, *Die deutschen Parteien vor 1918* (wie Anm. 6), S. 32-55; Ders., *Deutsche Geschichte 1800-1866* (wie Anm. 2), hier noch einmal zit. S. 377.



chen Demokratisierungs- und Modernisierungsprozessen vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts teilhatte, ob sie diese mitbestimmte und eventuell sogar beschleunigte, oder ob sie die gewaltigen politischen, sozialen und kulturellen Umbrüche und Veränderungen, die Deutschland auf dem Weg in die Moderne zu bewältigen hatte, auf der zivilgesellschaftlichen Ebene flankierte und ‚abfederte‘, soll nun anhand der Analyse ihres Selbstverständnisses, ihrer Programmatik und Organisationsformen näher erörtert werden.

Das Partei- und Vereinswesen des 19. Jahrhunderts begann mit einer Gründungswelle von zunächst ausdrücklich unpolitischen Vereinigungen, die ihre ideellen Wurzeln im Individualisierungsprozeß der Aufklärung hatten und das Bedürfnis nach Geselligkeit artikulierten. Mit dieser Änderung in der Gründungsmotivation und Zielrichtung der neuen Organisationsformen ging auch ein semantischer Wandel einher, der mit der wachsenden Kritik an den Konnotationen des aufklärerischen Gesellschaftsbegriffs bald zu dessen Ersetzung durch die gefühlsbetonten Termini *Bund* und *Verein* führte. Nicht mehr die vertragsrechtliche Vorstellung eines rationalen, vernunftgeleiteten Tausches von Rechten und Verpflichtungen, sondern die menschliche Bindung als Merkmal der Vergesellschaftung stand nun im Vordergrund organisatorischen Interesses. Entsprechend dieses emotionalisierten und anthropozentrischen Bedeutungsgehalts des Vereinsbegriffs wurden auch Begrifflichkeiten aus der poetischen und literarischen Sprache auf diesen übertragen, die in erster Linie die Freiwilligkeit der Bindung, die individuelle Selbständigkeit der Vereinigten und die gefühlsmäßige Nähe, aber auch die Beziehungen des einzelnen zu den Normen und Moralvorstellungen der Gesellschaft zum Ausdruck brachten. So versuchte die politisch-sentimentale Poesie der Burschenschaften mit den Wörtern *Verein* und *Bund* freundschaftliche Attribute, die auch ins Politische gehen konnten, zu vermitteln: Der „herzinnige Verein“, der „starke, herrliche Verein“ oder der „traute Verein“ sollten die inneren Kräfte der Mitglieder für gemeinsame politische Ziele mobilisieren und gleichzeitig den statutarisch genormten Gesellschaften des Aufklärungszeitalters das Bild einer auf inneren Werten beruhenden Herzens- und Gesinnungsgemeinschaft auf Dauer entgegensetzen.<sup>12</sup>

<sup>12</sup> Vgl. hierzu: Hardtwig, Verein (wie Anm. 5), S. 801-802; Friedrich Harzmann (Hg.): *Burschenschaftliche Dichtung von der Frühzeit bis auf unsere Tage. Eine Auslese*. Heidelberg 1930, hier S. 41, 50 u. 62.

Dieses im Vereinsbegriff greifbar werdende, aus den Freundschaftskulten stammende romantische Ideen- und Gedankengut spiegelte sich auch in der Namensgebung der deutschen Burschenschaften wider, beispielsweise im Namen der Heidelberger „Teutonia“ von 1814 oder der Gießener „Germania“ von 1815. In Abgrenzung zu dem noch aus der Aufklärung herrührenden Gesellschaftsbegriff gebrauchte die politische Jugendbewegung ihre Organisationsbezeichnungen *Bund* und *Verein* äquivok, infolgedessen die dem Bündischen zugerechneten Charakteristika der Überzeugungs- und Gesinnungsgemeinschaft auf den Vereinsbegriff übertragen wurden, und die *Gemeinschaft* sprachlich zum alle politischen Ziele, Motive und Aktionen umspannenden Fachterminus wurde. Dabei sollte die Gemeinschaft das Individuum aus seiner gesellschaftlichen Vereinzelung befreien und es nach den Worten des Burschenschaftsmitbegründers Karl Follen in einen innigen unbesiegligen „Bund der Überzeugung“ integrieren, der sich seinerseits nur vor einem „innern Gesetz und Gerichte“ rechtfertigen müsse. Somit versammelten sich in den burschenschaftlichen Vereinigungen politisierte Bürger, die als einzige Instanz für ihre politische Meinungs- und Willensbildung die eigene individuelle Überzeugung gelten ließen. Kein Wunder also, wenn die deutschen Regierungen und Strafverfolgungsbehörden in den Burschenschaften „eine Menge von fast durch ganz Deutschland verteilten kleineren Vereinen, welche wissenschaftliche Zwecke zum Deckmantel ihrer hochverräterischen Absichten vorschützen“ und die mit „revolutionären Clubs“ im Ausland zusammen eine einheitliche Umsturzorganisation aufbauen würden, sahen und gegen sie mit den Karlsbader Beschlüssen von 1819 restriktive Maßnahmen einleiteten.<sup>13</sup>

Bildeten die bürgerlichen liberal-konstitutionellen, demokratisch-republikanischen und national-patriotischen Bewegungen und die sich aus ih-

---

<sup>13</sup> So nannte sich die Gießener Burschenschaft 1815/16 zum Schutz gegen ihre Verfolgung als angeblich politische Verschwörung „Deutscher Bildungs- und Freundschaftsverein“. Vgl. hierzu: Herman Haupt: *Karl Follen und die Gießener Schwarzen. Beiträge zur Geschichte der politischen Geheimbünde und der Verfassungsentwicklung der alten Bruderschaft in den Jahren 1815-1819*. Gießen 1907, S. 10ff.; (Karl Follen): *Beiträge zur Geschichte der teutschen Samtschulen seit dem Freiheitskriege 1813*, abgedr. in: *Der Gießener Ehrenspiegel* hg. von Carl Walbrach. Frankfurt 1927, Vorwort, S. 5; *Amtliche Belehrung über den Geist und das Wesen der Burschenschaft, aus den Untersuchungsakten gezogen und zunächst zur Verwarnung für alle Studierenden an den königlich-preußischen Universitäten bestimmt*. Halle 1824, S. 7f. Alle zit. nach: Hardtwig, ebd., S. 805-806.

nen herauschälenden vereins- und parteiartigen Organisationsformen einen Teil der gesamtgesellschaftlichen oppositionellen Emanzipationsbestrebungen zwischen 1789 und 1848/49, der geistig-kulturell wie weltanschaulich-politisch vor allem als ein Ergebnis der massiven politischen Umwälzungen während der Französischen Revolution und antinapoleonischen Befreiungskriege betrachtet werden kann, so kam mit der aus England auf den europäischen Kontinent und die deutschen Bundesstaaten herüberschwappenden industriellen Revolution ab ungefähr 1820/30 eine neue radikaldemokratische Bewegung des sogenannten Vierten Standes als *weiterer* Teil dieser Bestrebungen hinzu. Aus dieser „doppelten Revolution“<sup>14</sup> heraus entstanden die beiden entscheidenden Trägerbewegungen einer oppositionellen politischen Kultur in Deutschland bis 1848: Die Emanzipationsbewegung des wirtschaftlich aufstrebenden Bürgertums und der Gebildeten, mithin der Kulturschaffenden und Geistesarbeiter, auf der einen Seite und die kleinbürgerlich-proletarische, sozialemanzipative Bewegung der Handwerker, Kleingewerbetreibenden und ersten Arbeiter auf der anderen Seite.

Die Entwicklung des Terminus *Bewegung* war im Verständnis der Zeitgenossen unmittelbar an die Folgen der frühen Industrialisierung gekoppelt und hing insbesondere mit der Entstehung des Proletariats, seines besonderen Klassenbewußtseins und seiner sozialen Protestformen zusammen. So war durch die liberale Freisetzung der Wirtschaft die alte Gesellschaftsordnung in Frage gestellt worden, und es herrschte eine permanente soziale Unruhe, die sich bald zu einer handfesten sozialen Bewegung ausweitete, die auch von den Zeitgenossen als solche registriert wurde.<sup>15</sup> Dem Begriff der *sozialen Bewegung* ordneten sie dabei drei unterschiedliche, in einer komplexen Verbindung stehende Strukturebenen zu – die Bewegung in der Produktion, in der Gesellschaft und in der Geschichte –, die alle zusammengefaßt den Bewegungsbegriff „zu einer Schlüsselkategorie des Selbstverständnisses im ‚Revolutionszeitalter‘“ machten. Während die Bewegung der Produktion überwiegend als tech-

<sup>14</sup> Der Begriff ist in dem Fall zit. nach: Beatrix W. Bouvier: Die Anfänge der sozialistischen Bewegung, in: Reinalter, *Demokratische und soziale Protestbewegungen* (wie Anm. 11), S. 265-302, hier S. 270; er wurde ursprünglich geprägt von dem englischen Historiker Eric J. Hobsbawm in seinem Werk: *Europäische Revolutionen*. Zürich: Kindler, 1962.

<sup>15</sup> Hierzu: Lorenz von Stein: *Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage*. 3 Bde. Nachdr. Hildesheim 1959; Karl Biedermann: *Vorlesungen über Sozialismus und soziale Fragen*. Leipzig 1847.

nischer Fortschritt und industrielle Revolution erlebt, aber auch schon mit der sozialen Krise einer zunehmend mobilisierten Gesellschaft in Zusammenhang gebracht wurde, griff man bei der Deutung der durch die Doppelrevolution hervorgerufenen gesellschaftlichen Bewegungen zunächst auf die vorrevolutionäre Tradition des Bewegungsbegriffs zurück, als jener, noch zyklisch verstanden, die Störung der alten Ordnung meinte, die mit Hilfe der ‚restauratio‘ wiederhergestellt werden konnte. Entsprechend des sich wandelnden politischen Selbstverständnisses der sich im frühen 19. Jahrhundert formierenden modernen *Bewegungsparteien* erhielt auch der *Bewegungsbegriff* eine neue Bedeutung, die über den bisherigen Interpretationsrahmen deutlich hinausging: Was manchen Zeitgenossen „als ‚naturwidrige‘ Erschütterung der traditionellen Ordnung“ galt, konnte aus einer anderen Perspektive „als progressives Fortschreiten der sozialen und politischen Entwicklung“ aufgefaßt werden, und die verschiedenen Bewegungsparteien stritten in der Folge entweder für die gesellschaftliche Weiterentwicklung und den Fortschritt, für die beizubehaltende Ordnung oder für den auf die Vergangenheit hin orientierten politischen Rückschritt. In der politischen Terminologie wurden dem ursprünglich neutralen Begriff dann weltanschauliche Richtungen anzeigende Attribute wie ‚liberal‘, ‚bürgerlich‘, ‚sozialistisch‘, ‚national‘ oder ‚revolutionär‘ zugeschrieben. Voraussetzung für diese Änderung im Verständnis und Gebrauch des Bewegungsbegriffs bildeten in Deutschland letztlich die durch die industrielle Revolution verursachten, für die Zeitgenossen völlig neuen und in dieser Form erstmals erlebten gesellschaftlichen Krisensymptome wie die Auflösung der ständisch-absolutistischen Gesellschaftsordnung und ihrer Bindungen, die Politisierung und Mobilisierung unterbäuerlicher und unterbürgerlicher Schichten sowie die soziale Bedrohung durch die ungelösten Probleme des Pauperismus und der Proletarisierung.<sup>16</sup>

Im Anschluß an die von der Historikerin Beatrix W. Bouvier vorgenommene Definition des Frühsozialismus als „Theorie der sozialen Bewegung von 1789 bis 1848“ werden im folgenden die deutschen Auslandsvereine in Paris zwischen 1832 und 1842 am Beispiel des Bundes der Geächteten von 1834/36 unter der Fragestellung, ob und inwiefern sie als „organisatorische Vorläufer und Frühformen der deutschen Ar-

---

<sup>16</sup> Bouvier, Anfänge der sozialistischen Bewegung (wie Anm. 14), S. 269-270; vgl. auch: Eckart Pankoke: *Sociale Bewegung – Sociale Frage – Sociale Politik*. Stuttgart: Klett, 1970, S. 21, 24 u. 31.

beiterbewegung“ zu betrachten sind<sup>17</sup>, eingehend untersucht. Was nun die Entstehung und den Aufbau dieser deutschen Arbeiterbewegung im Vormärz anbetrifft, so kann man feststellen, daß die Arbeitervereine ihre zentralen ideologisch-theoretischen Grundlagen und organisatorischen Formen, mithin die entscheidenden Konstituierungsimpulse für den Aufbau einer sozialistischen Bewegung, erst über den Umweg der deutschen Emigrantenvereine im westeuropäischen Ausland erhalten haben. In der Schweiz, in Paris, Brüssel und London rezipierten zunächst die wandernden Handwerksgehlen als die „ersten Träger sozialistischen Gedankengutes“ die Ideen und Vorstellungen von Owen, Saint-Simon, Fourier, Cabet, Proudhon, der Chartisten und anderer Vertreter der frühen französischen und englischen Arbeiterbewegung, faßten diese in ihrer eigenen Theorie des Handwerkerkommunismus zusammen und setzten sie in der Praxis mit Hilfe emigrierter deutscher Intellektueller in den Arbeitervereinen um.<sup>18</sup> Die ersten deutschen politischen Organisationen im Ausland bildeten sich dann allmählich nach der Niederschlagung der durch die französische Julirevolution von 1830 ausgelösten Proteste und Erhebungen der bürgerlichen Oppositionsbewegung gegen die Machthaber des Deutschen Bundes und ihre restaurative Politik – zu nennen wären etwa das Hambacher Fest von 1832 und der Frankfurter Wachensturm von 1833 – und im Zuge der nach der Verschärfung der Gesetzeslage 1832/33 einsetzenden Fluchtbewegung von Oppositionellen – in erster Linie patriotisch, liberal und demokratisch gesinnter Schriftsteller, Journalisten, Professoren, Anwälte, aber auch von Kaufleuten und Handwerkern –, die sich nur über die Emigration in die Schweiz und nach Frankreich ihrer Verfolgung und drohenden Verhaftung durch die deutschen Strafverfolgungsbehörden entziehen konnten. Zu den beliebtesten und zugleich bedeutsamsten Anziehungspunkten für die wandernden Handwerksgehlen wie für die um geistig-politischen Einfluß rin-

<sup>17</sup> Bouvier, ebd., S. 278-279.

<sup>18</sup> Bouvier, ebd., S. 276-277; zum deutschen Handwerkerkommunismus vgl. auch: Werner Kowalski: *Die wandernden Handwerksgehlen und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung 1833-1839*. Diss. Halle/Saale 1959. Zum europäischen, insbesondere auch deutschen Frühsozialismus und seiner Auseinandersetzung mit den liberalen Menschenrechten vgl. unlängst: Hans Erich Bödeker: Der europäische Frühsozialismus und die Menschenrechte. Umriss einer Debatte, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen. Forschungen und Forschungsberichte* Nr. 31 (2004), S. 23-41, mit weiteren Angaben zur jüngeren Frühsozialismusliteratur.

genden Intellektuellen entwickelten sich dabei rasch die Auslandsvereine in der französischen Hauptstadt als dem „Schmelztiegel für sozialistische und revolutionäre Ideen“<sup>19</sup>.

Am Anfang der deutschen Arbeiterbewegung in Paris stand der Ende Februar 1832 von Handwerksgesellen, Kaufleuten und Literaten gegründete Deutsche Volksverein, der ursprünglich als Filiale des von Johann Georg August Wirth ins Leben gerufenen Deutschen Vaterlandsvereins zur Unterstützung der freien Presse in der Rheinpfalz gedacht war und sich erst nach seiner Umbenennung Anfang 1833 von einem Unterstützungsverein für das deutsche Pressewesen, verfolgte Journalisten und politische Flüchtlinge zu einer eigenständigen politischen Vereinigung mit einer statutarisch festgehaltenen Ordnung entwickelte.<sup>20</sup> Diese Statuten legten – laut Darstellung der in einem „Periodischen Übersichtsbe-

<sup>19</sup> Ernst Schraepfer: *Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830-1853. Die politische Tätigkeit deutscher Sozialisten von Wilhelm Weitling bis Karl Marx*. Berlin/New York: Walter de Gruyter, 1972, zit. S. 40; vgl. auch: Ders.: Geheimbündelei und die Anfänge einer deutschen Arbeiterbewegung im Vormärz, in: *Die frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Vom „Bund der Gerechten“ zum „Bund der Kommunisten“ 1836-1847* hg. von Otto Büsch u. Hans Herzfeld. Berlin: Colloquium, 1975, S. 51-59.

<sup>20</sup> Das genaue Datum der Umwandlung des Preßvereins in den politischen Deutschen Volksverein ist umstritten. Während Wolfgang Schieder von August 1832 ausgeht, da zu diesem Zeitpunkt alle liberalen rheinpfälzischen und badischen Zeitungen endgültig unterdrückt worden seien und damit die ursprüngliche Legitimierung des Vereins, die deutsche Presse zu unterstützen, hinfällig geworden sei, datiert Werner Kowalski diese Umwandlung auf den Sommer 1833, als der Verein umbenannt worden sei. Dazu: Wolfgang Schieder: *Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830*. Stuttgart: Ernst Klett, 1963, S. 14-22; Werner Kowalski: *Vorgeschichte und Entstehung des Bundes der Gerechten. Mit einem Quellenanhang*. Berlin (Ost): Rütten & Loening, 1962, hier S. 41. Im Nachlaß von Jakob Venedey im Bundesarchiv in Berlin finden sich zwei Flugschriften des Volksvereins vom August 1833. In einer von beiden heißt es: „Der deutsche Volksverein, der nun schon seit anderthalb Jahren besteht [...]“. Dazu: *BA Berlin-Lichterfelde, Nl. Jakob Venedey*, N 2316/75, Nr. 6-9, hier Nr. 7. Zum deutschen Preßverein, seiner Filiale in Paris und zur Biographie Johann Georg August Wirths siehe: Cornelia Foerster: *Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33. Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes*. Trier: THF, 1982, insbes. S. 62-65; Elisabeth Hüls: *Johann Georg August Wirth (1798-1848). Ein politisches Leben im Vormärz*. Düsseldorf: Droste, 2004.

richt“ der Frankfurter Bundeszentralbehörde vom Januar 1842 zusammengefaßten politischen Untersuchungen gegen verhaftete Mitglieder der Pariser Geheimbünde<sup>21</sup> – die Leitung des Volksvereins in die Hände eines alle drei Monate gewählten Komitees, bestehend aus einem Präsidenten, Generalkassierer und Redaktionsausschuß, das selbständigen Vereinssektionen von jeweils 20 Personen vorstand und zusammen mit diesen in einer Generalversammlung einmal im Monat tagte. Die Sektionen oder „Zirkel“ verfügten über einen eigenen gewählten Vorsteher und Kassierer, wobei der letztere das Vereinsvermögen verwaltete und die monatlichen Mitgliedsbeiträge von knapp zwei französischen Francs einsammelte. In den Generalversammlungen wurden politische Reden gehalten, Freiheitslieder gesungen und

unter anderen auch die Frage erörtert [...], ob es zweckmäßiger sein werde, ganz Deutschland in *eine* Republik oder in *einen* monarchischen Staat umzugestalten? Wie denn die Einheit Deutschlands der Gegenstand aller politischen Besprechungen der Verbindungsmitglieder war.<sup>22</sup>

<sup>21</sup> Vgl. hierzu: „Periodischer Übersichtsbericht der Bundeszentralbehörde vom 31. Januar 1842 an den infolge Artikels 28 der Wiener Schlußakte erwählten Bundestagsausschuß“, abgedr. in: Werner Kowalski: *Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus. Teil 2: Die Hauptberichte der Bundeszentralbehörde in Frankfurt a.M. von 1838 bis 1842 über die deutsche revolutionäre Bewegung* (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5/II). Berlin (Ost): Akademie, 1978, S. 179-273; zum Deutschen Volksverein: „Zweite Abteilung. Politische Untersuchungen, die bis in die neuesten Zeiten reichenden revolutionären Umtriebe betreffend. I. Der deutsche Volksverein“, in: Ebd., S. 198-201. Zur Geschichte der Bundeszentralbehörde: Werner Kowalski: Einleitung. Die Hauptberichte der Bundeszentralbehörde in Frankfurt a.M. von 1838 bis 1842 über die deutsche revolutionäre Bewegung, in: Ebd., S. XVII-XXIII. Für die im folgenden zitierten Aussagen von Mitgliedern des Volksvereins und anderer Geheimbünde siehe auch: „Zusammenstellung der Untersuchungsergebnisse in Betreff der revolutionären Verbindungen der Geächteten, der Gerechten und der Deutschen sowie des denselben vorangegangenen Volksvereins, wie sie sich aus den der Bundeszentralbehörde bis zum 6. Februar 1841 zugekommenen Verhörprotokollen und anderen Akten ergeben“, in: Ebd., S. 115-178.

<sup>22</sup> Vgl. hierzu: „Periodischer Übersichtsbericht“ (wie Anm. 21), S. 198-199; Wolfgang Schieder, *Anfänge der Arbeiterbewegung*, S. 14-15 u. Kowalski, *Vorgeschichte und Entstehung*, S. 41-42 (beide wie Anm. 20).

Leiten wir damit zum Bund der Geächteten als unmittelbarem Nachfolger des Deutschen Volksvereins und als einer der politischen Wirkungsstätten von Jakob Venedey während seiner Exilzeit in Frankreich zwischen 1832 und 1848 über, so soll eingangs noch einmal betont werden, daß sich die vorliegende Studie auf eine genauere Analyse dieses Geheimbundes beschränkt und die ihm nachfolgenden Bünde der Gerechten und der Deutschen nur am Rande thematisiert. Der Grund für diese Schwerpunktsetzung liegt nicht nur allein in der Bedeutung der „Geächteten“ für das Leben und Wirken von Venedey, sondern auch in der vollkommen unausgewogenen wissenschaftlichen Erforschung und Aufarbeitung der vier Pariser Auslandsvereine. Mit der sich außerhalb Deutschlands formierenden frühen Arbeiterbewegung beschäftigte sich zwar sowohl die frühere marxistische Geschichtswissenschaft der DDR, als auch die bundesdeutsche Geschichtsschreibung in wesentlich ausführlicherem Maße als mit den Handwerker- und Arbeiterorganisationen innerhalb des Deutschen Bundes.<sup>23</sup> Während der Bund der Gerechten aber von der ehemaligen DDR-Geschichtsschreibung ziemlich umfassend und ausführlich behandelt worden ist, ist die Historie des Volksver-

<sup>23</sup> In der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft prägte lange Zeit Wolfgang Schieder das Bild der Emigrantenvereine: Dabei betrachtete er die Zirkel mit ihren zur Reform drängenden Konzepten vor allem als politische Vereine, die dem theoretischen Bildungsstreben und politisch-praktischen Aufklärungsbedürfnis der Handwerker- und Arbeiterschaft Rechnung getragen hätten. Hierzu: Wolfgang Schieder, ebd., u.a. S. 307-310. Hingegen ging es den ostdeutschen Historikern Werner Kowalski und Ernst Engelberg in ihren frühen Arbeiten vor allem um die „Herausarbeitung von Vor- und Frühformen des revolutionären Denkens und Handelns und deren Einbettung als erste ‚Hauptperiode‘ [...] in die Gesamtgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung“: Kowalski, ebd.; Ernst Engelberg: Einiges über den historisch-politischen Charakter des Bundes der Gerechten, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Leipzig. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe*, Nr. 3 (1951/52), H. 5, S. 61-66; zit. nach: Bouvier, Anfänge der sozialistischen Bewegung (wie Anm. 14), S. 280. Zur Beurteilung der DDR-Forschung auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung, vgl.: Dieter Langewiesche: Die deutsche Revolution von 1848/49 und die vorrevolutionäre Gesellschaft: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Teil II, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (demn.: AfS) 31 (1991), S. 331-443, hier S. 368-369. Zur Arbeiterbewegung innerhalb Deutschlands: Klaus Tenfelde: Lesegesellschaften und Arbeiterbildungsvereine, in: *Lesegesellschaften und bürgerliche Emanzipation. Ein europäischer Vergleich*. Hg. von Otto Dann. München: R. Oldenbourg, 1981, S. 253-274.



eins und des Bundes der Geächteten entweder nur als bloße kleinbürgerliche „Vorgeschichte“, als vorläufiges Übergangsstadium oder sogar als hinderliches Relikt auf dem Weg zur endgültigen Durchsetzung des Sozialismus und einer proletarischen Volksrepublik verstanden und dementsprechend kurz abgehandelt worden. Auch in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung sind die beiden frühen Geheimbünde in Frankreich im Zusammenhang mit der Entstehung der deutschen Arbeiterbewegung bisher kaum thematisiert worden, einmal abgesehen von einer 40 Jahre alten Studie, vereinzelt Zeitschriftenaufsätzen und ein paar Abschnitten in einer „Geschichte des Bundes der Kommunisten“ von 1993. Dieses Ungleichgewicht ist hauptsächlich auf das Forschungsinteresse der westdeutschen Geschichtswissenschaft in den letzten Jahrzehnten zurückzuführen, die sich zwar intensiv mit der vollkommen entfalten und politisch etablierten Arbeiterbewegung beschäftigt, die Anfänge und Frühformen derselben bisher aber vielfach ausgeblendet oder kaum zur Kenntnis genommen hat. Daß möglicherweise die Wurzeln eines eigenständigen, erstmals entwickelten und systematisch verfolgten sozialen Demokratismus, der insbesondere auch mit dem Namen eines Jakob Venedey verbunden war, ebenso wie die Anfänge eines radikal- bzw. sozial-demokratischen Flügels der deutschen Arbeiterbewegung im Bund der Geächteten und seinem Vorläufer, dem Deutschen Volksverein, liegen und sich damit zentrale Ansätze zur Formierung einer sozial-demokratischen Arbeiterpartei im westeuropäischen Exil, in den Pariser Auslandsvereinen des Vormärz, finden lassen, ist in der Forschung bislang allenfalls in Ansätzen erwogen worden.<sup>24</sup> Gerade

---

<sup>24</sup> Zur Forschungsliteratur zum Bund der Geächteten vgl. neben den älteren Arbeiten von Kowalski (vor allem ebd., S. 57-156) und Wolfgang Schieder aus den Jahren 1962/63 (!) auch: Bouvier, ebd., S. 280-284; Schraepfer, *Handwerkerbünde und Arbeitervereine* (wie Anm. 19), S. 40-52; Martin Hundt: *Geschichte des Bundes der Kommunisten 1836-1852*. Frankfurt/M./Berlin u.a.: Peter Lang, 1993, zu den „Geächteten“ vor allem S. 34-45; schon Hundt vermißte „eine geschlossene, ausführliche Darstellung der Geschichte des Bundes der Geächteten“ (ebd., S. 34, Anm. 24); siehe auch den Aufsatz von: Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner: Der Bund der Geächteten und der Bund der Gerechtigkeit, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (demn. JbFGA) 1 (2002), H. 3, S. 60-92; Teil 2, in: *JbFGA* 2 (2003), H. 2, S. 61-83, der diese Forschungslücke aber nicht schließen kann. Im übrigen hat bislang nur Wolfgang Schieder die Ansätze zur Formierung einer sozial-demokratischen Arbeiterpartei im westeuropäischen Exil für

dieser Strömung des sozialen Demokratismus, die von den einzelnen historiographischen Richtungen bisher nur unzureichend erfaßt, unterschätzt oder überhaupt nicht behandelt wurde, jedoch in einer direkten Kontinuitätslinie mit den späteren sozial-demokratischen Arbeiterparteien steht, versucht die vorliegende Untersuchung jetzt genauer auf die Spur zu kommen.

Der Bund der Geächteten bietet einen erheblichen Fortschritt des revolutionären Treibens der Deutschen in Paris im Verhältnis zum Volksvereine dar, indem man in ihm eine entschiedenere und weitergehende Tendenz, eine vollständiger entwickelte Organisation und eine bestimmtere Tätigkeit für Erreichung der Bundeszwecke antrifft.<sup>25</sup>

Entstanden ist dieser ‚entwickeltere‘ Bund vor dem Hintergrund innenpolitischer Auseinandersetzungen in der französischen Julimonarchie. Als Reaktion auf einen Gesetzesentwurf zur Verschärfung des im Code pénal enthaltenen Koalitionsparagrafen, der nach seiner Verabschiedung am 10. April 1834 in Kraft trat und unter anderem eine behördliche Genehmigungspflicht für jeden zu gründenden Verein und eine strafrechtliche Behandlung für die verbotene Teilnahme an nicht zugelassenen Vereinigungen vorsah, mußte der Deutsche Volksverein in den Untergrund gehen und sich als Geheimbund neu konstituieren. Umstritten sind in der Forschung der Zeitpunkt der Neugründung und die eigentlichen Führungspersönlichkeiten des zweiten Auslandsvereins, da exakte Angaben dazu bislang fehlen; allerdings lassen sich einige Erkenntnisse zu den Gründungsvorgängen der „Geächteten“ aus der Auflösungsgeschichte des Deutschen Volksvereins gewinnen. So entschieden sich die Vorstände und einige aktive Mitglieder in der ersten Ausschusssitzung nach den republikanischen Aprilaufständen von 1834 und der verschärften Gesetzesgrundlage für die Gründung und Führung von Vereinen in der orléanistischen Julimonarchie am 2. Mai 1834 für eine Fortsetzung der Arbeit des Volksvereins in der Illegalität und beschlossen, zu diesem Zweck die Statuten des Vereins abzuändern. Unter der Präsidentschaft des Buchdruckergesellen Urban Muschani billigten alle

---

Frankreich und die Schweiz intensiver verfolgt: Ders., ebd., S. 191-202 u. 203-220.

<sup>25</sup> „Periodischer Übersichtsbericht“, „II. Der deutsche Bund der Geächteten.“, abgedr. in: Kowalski, *Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus*, Bd. 2 (wie Anm. 21), S. 201-227, hier S. 201.

Mitglieder auf der letzten öffentlichen Generalversammlung des Vereins am 11. Mai 1834 die vom Ausschuß vorgeschlagenen statutarischen Modifizierungen und lösten aller Wahrscheinlichkeit nach den Deutschen Volksverein selbst auf.<sup>26</sup> Zwischen der mutmaßlichen Auflösung des Volksvereins und der tatsächlichen Gründung des Bundes der Geächteten klafft eine unbekannte zeitliche Lücke, die in etwa durch einen im Nachlaß von Jakob Venedey aufgefundenen handschriftlichen Entwurf der Statuten des Bundes der Geächteten geschlossen werden könnte. Den Entwurf „Die Statuten der B.L.“ – das sind die Statuten der sogenannten Bundeslager – kennzeichnet Venedey mit dem interessanten Vermerk:

Straßburg, Nancy, Paris. 1833. Statuten der Geächteten.<sup>27</sup>

Da Venedey in diesem Vermerk die ersten Stationen seiner Exilzeit in Frankreich aufzählt, kann es sich bei der von ihm hier notierten Jahresangabe natürlich um einen Schreibfehler handeln, zumal er bereits im Jahre 1832 in Straßburg und dann ab 1833 in Nancy weilte. Doch wie noch ausführlicher darzulegen sein wird, kam der ehemalige Kölner Burschenschafter und Jurastudent schon im November 1833 nach Paris, trat kurz nach seiner Ankunft in den Deutschen Volksverein ein und spielte nach Angaben der Frankfurter Bundeszentralbehörde „sehr wahrscheinlich [...] bei der Errichtung des Bundes der Geächteten eine Hauptrolle“<sup>28</sup>, so daß entgegen bisheriger Forschungsergebnisse und unter Berücksichtigung von Venedeys Aufzeichnungen die theoretische Planung und Vorbereitung des Geheimbundes, manifestiert in dem schriftlich fixierten Statutenentwurf, durchaus auf Ende 1833, Anfang 1834 angesetzt werden kann. Demzufolge wäre die Gründung dieses Auslandsvereins bereits in den ersten Monaten des Jahres 1834 – vor Auflösung des Volksvereins – erfolgt. Das heißt, eine Zeit lang haben vielleicht sogar zwei politische Vereinigungen deutscher Flüchtlinge und Exilanten, eine

<sup>26</sup> Vgl. Kowalski, *Vorgeschichte und Entstehung*, S. 56-58 u. Wolfgang Schieder, *Anfänge der Arbeiterbewegung*, S. 19-20 (beide wie Anm. 20). So erwähnt Schieder beispielsweise nur eine der letzten Versammlungen des Volksvereins am 2. Mai 1834, aber nicht das genaue Datum der Gründung des Bundes der Geächteten.

<sup>27</sup> „Statuten der Geächteten.“, in: *BA Berlin-Lichterfelde, Nl. Jakob Venedey*, N 2316/75, Nr. 3-5. Bei dem Entwurf handelt es sich um die Form der Statuten, für die das karbonaristische Organisationsmodell Pate gestanden hat.

<sup>28</sup> „II. Der deutsche Bund der Geächteten“ (wie Anm. 25), S. 201.

öffentlich auftretende und eine geheim agierende, in Paris nebeneinander existiert. Einen möglichen Beleg für die Datierung des Gründungszeitpunktes des Bundes bietet auch die Aussage des Mechanikers Conrad Neuber, der am 5. Oktober 1840 in einem Verhör während seiner Untersuchungshaft in Hannover betonte, im März oder April 1834 Mitglied einer Hütte der Geheimorganisation der „Geächteten“ geworden zu sein, „worin Goldschmidt Präsident und der Schriftsteller Venedey und der Schneider Schumacher Mitglieder gewesen seien“<sup>29</sup>.

Damit könnten erste Organisationsstrukturen gemäß dem aufgefundenen Statutenentwurf von 1833 schon im März oder April 1834 bestanden haben, noch ehe die frühesten Flugschriften des Bundes, der „Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde“ und das ideologisch-programmatische „Glaubensbekenntnis eines Geächteten“ – deren Publikation die Historiographie immer wieder auf April bzw. Mai 1834 datiert hat und die am 5. Juni 1834 vom Frankfurter Bundestag auf den Index gesetzt wurden – erschienen sind.<sup>30</sup> Diese Vermutung macht mit Blick auf den „Aufruf“ durchaus Sinn, da in ihm die Motive für die Konstituierung eines Geheimbundes mitgeteilt, aber auch schon die Gestalt angenommenen Organisationsstrukturen des Bundes aufgeführt werden. So begründen die anonymen Verfasser des „Aufrufs“ die Konstituierung eines Geheimbundes einerseits mit dem Verbot der Meinungs-, öffentlichen Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, andererseits mit der Pressezensur in Deutschland und einem effektiveren, koordinierteren Vorgehen einer geschlossenen Organisation im Vergleich zu den früher unkontrollierten Aufstandsversuchen. In jedem Dorf und jeder Stadt des Deutschen Bundes wurden die Freiheitsfreunde dazu aufgefordert, sich im Geheimen zusammenzuschließen, für die deutsche Freiheit zu wirken, revolutionäre Druckschriften zu verteilen,

---

<sup>29</sup> „Zusammenstellung der Untersuchungsergebnisse“, „Der deutsche Bund der Geächteten. Entstehung, Zeit, Veranlassung und Ort“, abgedr. in: Kowalski, *Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus*, Bd. 2 (wie Anm. 21), S. 121-156, die Aussage Neubers auf S. 121-122.

<sup>30</sup> Zu den Flugschriften vgl.: „Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde“ (Auszug), abgedr., in: Herwig Förder/Martin Hundt u.a. (Red.): *Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien* hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED u. beim ZK der KPdSU. *Bd. 1: 1836-1849*. 2. Aufl. Berlin (Ost): Dietz, 1983, S. 987-989; „Glaubensbekenntnis eines Geächteten“, in: Kowalski, *Vorgeschichte und Entstehung* (wie Anm. 20), S. 183-190, zur Datierung und zum Verbot der Schriften: Ebd., S. 60-61.

Mitgliedsbeiträge und Vereinsspenden auf freiwilliger Basis einzusammeln und sich mit den Patrioten anderer Landstriche und Provinzen zu verbünden. Dieses innerdeutsche Organisations- und Agitationsnetz sollte von gewählten Vorstehern und Geschäftsführern vertreten, systematisch ausgebaut und von einem Ausschuß geleitet werden. Die Bestimmungen über den vorgesehenen Ausschuß, „auf dem das Heil der ganzen Verbindung notwendig beruht“, der zur Sicherheit in das „tiefste Geheimnis“ gehüllt werden und dessen „Sitz außer Deutschland“ liegen müsse, könnten im Zusammenhang mit dem im „Aufruf“ angestrebten, hierarchisch gegliederten Organisationsmodell für Deutschland darauf hinweisen, daß zu diesem Zeitpunkt bereits ein Ausschuß der „Geächteten“ außerhalb Deutschlands, eben in Paris, existiert hat. Mit anderen Worten: Ein zwischen Januar und März 1834 in der französischen Metropole gebildeter und eventuell schon in mehrere Organisationseinheiten aufgesplitteter Geheimbund der „Geächteten“ versuchte, sich mit Hilfe ihm ergebener Tochterorganisationen in den Grenzen des Deutschen Bundes zu etablieren, und fertigte hierzu im April oder Mai den „Aufruf an die deutschen Volksfreunde“ an.<sup>31</sup>

Da der Aufbau eines Geheimbundes in Deutschland aufgrund der dort herrschenden rigiden Vereinsgesetzgebung ohne eine größere Anhängerenschaft im Lande unmöglich war, mußten die vom Deutschen Volksverein zum Bund der Geächteten übergewechselten führenden Republikaner wie Jakob Venedey, Urban Muschani, Johann Schumacher, Julius Goldschmidt und Karl Wilhelm Theodor Schuster sich als erstes auf die Organisation in Paris beschränken und neue Mitglieder anwerben. Als Vorbilder für die Bundesorganisation dienten ihnen karbonaristische Modelle, die sie durch Verbindungen zu Filippo Buonarrotti „Charbonnerie démocratique universelle“ und als Mitglieder des 1833 gegründeten Sühnungsbundes kennengelernt hatten und denen „hierarchisch-absolutistische“ Verfassungen mit von unten nach oben abgestuften Gradsystemen zugrunde lagen. Dementsprechend entwarfen die emigrierten Intellektuellen und Handwerksgesellen in den zwei Statuten des Bundes der Geächteten, den „Statuten der Bundeslager“

<sup>31</sup> „Aufruf eines Geächteten“ (wie Anm. 30), S. 988. Vgl. auch die Ausführungen zum „Aufruf“ bei: Werner Kowalski: Artikel: Bund der Geächteten (BdG) 1834-1840/41, in: Fricke/Fritsch/Gottwald, *Lexikon zur Parteiengeschichte* (wie Anm. 4), Bd. 1: *Alldeutscher Verband – Deutsche Liga für Menschenrechte*, S. 210-217, hier S. 211, Sp. 1-2.

für die mittleren und oberen Organisationseinheiten und den „Allgemeinen Statuten des deutschen Bundes der Geächteten“ für die unteren Einheiten, vier Stufen der Mitgliedschaft, beginnend bei den „Hütten“, über die „Berge“ und „Dikasterien“, bis zur obersten Spitze der „Nationalhütte“ hinauf.<sup>32</sup>

Die „Nationalhütte“ als „höchste gesetzgebende und vollziehende Gewalt“<sup>33</sup> wählte und ergänzte sich selbst, verschwieg allen Bundesmitgliedern den Sitz und Namen ihrer Mitglieder, verkehrte mit den ihr untergeordneten Behörden nur über eigens ernannte Bevollmächtigte und verlangte von den Bundesmitgliedern unbedingten Gehorsam, der bis zur Forderung an jeden Einzelnen gehen konnte, die von ihr verhängten Todesstrafen gegen die den Bund ausspionierenden oder ihn verrätenden Mitglieder zu vollziehen. Zudem übte die Nationalhütte die Geschäftsführung des Geheimbundes aus und hatte den Auftrag, die internen Vereinsgesetze aktuellen Begebenheiten und tagespolitischen Anforderungen anzupassen. Die zweithöchste Stufe in der Bundeshierarchie bildeten die Dikasterien, die die unteren Einheiten der Berge und Hütten über Bevollmächtigte leiteten, jenen aber ebenfalls völlig unbekannt blieben. Auch sie waren der Nationalhütte, welche die Dikasterien-Mitglieder ernannte und mißliebige Mitglieder entfernen konnte, zu absolutem Gehorsam verpflichtet und mußten, neben der Vollstreckung aller Bundesgesetze in den von ihnen betreuten Bezirken, der Nationalhütte vierteljährlich Bericht abstellen. Die Organisationseinheiten der Berge und Hütten waren prinzipiell gleich strukturiert, das heißt, sie umfaßten mindestens drei und höchstens zehn Mitglieder, die halbjährlich einen Vorsteher, Beistand und Kassierer wählten, der seinerseits die Vereinskasse und die von den Mitgliedern geleisteten monatlichen Beiträge von rund fünf bis zehn Sous in Paris und sechs Kreuzer in Deutschland ver-

---

<sup>32</sup> Zum Entwurf „Die Statuten der B.L.“: „Statuten der Geächteten“ (wie Anm. 27), N 2316/75 Nr. 4-5. Die „Allgemeinen Statuten“ sind abgedr. in: Förder/Hundt, *Der Bund der Kommunisten* (wie Anm. 30), S. 982-985. Was die organisatorischen Vorbilder der Charbonnerie und des Sühnungsbundes, dem Muschani und Goldschmidt angehört haben, anbelangt, siehe: Wolfgang Schieder, *Anfänge der Arbeiterbewegung* (wie Anm. 20), S. 23-24.

<sup>33</sup> Vgl. „Statuten der Geächteten“ (wie Anm. 27), „Sechster Abschnitt. Von den N.H.“, N 2316/75, Nr. 5. Die folgenden Ausführungen zu den einzelnen Bestimmungen der Lager-Statuten orientieren sich auch an dem Artikel von: Kowalski, *Bund der Geächteten* (wie Anm. 31), S. 212, Sp. 1-2.

waltete.<sup>34</sup> Sobald die vorgeschriebene Mitgliederzahl überschritten wurde, mußten sich beide Organisationseinheiten teilen und jegliche Verbindungen untereinander abbrechen. Zusätzlich wurde den Bergen die Auflage gemacht, die Dikasterien vierteljährlich über die internen Neuigkeiten und Aktivitäten zu unterrichten.

Die Hütten als der niedrigste Grad der „Geächteten“ galten allgemein als die vorbereitende „Pflanz- und Prüfungsschule [...] für die Lager“; sie sollten „die numerische Stärke des Bundes“ durch Mitgliederwerbungen vermehren.<sup>35</sup> Aus Sicherheitsgründen und wohl auch aus konkreten Machtinteressen der oberen Behörden wurde allen Mitgliedern des Geheimbundes der gesamte Vereinsaufbau, mit Ausnahme der Nationalhütte, verschwiegen. Darüber hinaus erhielten die Hütten eigene Organisationsregeln in den „Allgemeinen Statuten“. Laut diesen sollten sich die Hütten-Mitglieder wöchentlich oder alle 14 Tage einmal auf dem Zimmer eines Kameraden treffen, dort über Neuaufnahmen beraten, über die Menschenrechte, Freiheit und Gleichheit, die politische Lage in Deutschland und die verschiedenen Staatsformen diskutieren sowie die Programmschriften und die vereins eigene Zeitschrift „Der Geächtete“ lesen. Bei den Aufnahmezeremonien wurde der Beitrittskandidat mit verbundenen Augen in die Hütten-Versammlung geführt, dort mit den Grundsätzen, Programmen und Statuten der „Geächteten“ bekannt gemacht und daraufhin gefragt, ob er Mitglied des Bundes werden wolle und mit den Grundsätzen der „Geächteten“ übereinstimme. Nach seiner Beitritts- und Einverständniserklärung mußte das neue Mitglied zum Abschluß der Zeremonie vor den versammelten Vereinsangehörigen noch den folgenden Eid schwören:

Ich gelobe bei meiner Ehre: Verschwiegenheit über das Bestehen des Bundes und treuen, aufopfernden Eifer für seinen erhabenen Zweck. Mich treffe Ehrlosigkeit und Tod, wenn ich wortbrüchig werde.<sup>36</sup>

<sup>34</sup> „II. Der deutsche Bund der Geächteten.“ (wie Anm. 25), S. 209-215, hier S. 213. Die Höhe der Beiträge bezieht sich in den Akten auf jene in den Hütten, da die gültigen Beiträge in den Bergen noch nicht ermittelt werden konnten.

<sup>35</sup> Vgl. „Statuten der Geächteten“ (wie Anm. 27), „Zweiter Abschnitt. Von den H.H.“, N 2316/75, Nr. 4.

<sup>36</sup> Vgl. „Allgemeine Statuten“ (wie Anm. 32), S. 982-985, hier S. 985; Kowalski, Bund der Geächteten (wie Anm. 31), S. 212, Sp. 2. Alle Statuten des Bundes der Geächteten finden sich auch bei: Leopold Friedrich Ilse: *Geschichte der poli-*

Entweder 1835 oder 1836 wurden die karbonaristischen Bezeichnungen der einzelnen Organisationseinheiten abgeschafft, und die Hütten, Berge, Dikasterien wie auch die Zentralbehörde des Bundes, die Nationalhütte, wurden nun in „Zelte“, „Lager“, „Kreislager“ und den „Brennpunkt“ umbenannt. Diese Umbenennung änderte jedoch weder etwas an der inneren Struktur des Bundes, noch wurden die alten Namen sofort aus den Statuten gestrichen. Im Gegenteil, noch über einen längeren Zeitraum hinweg waren beide Bezeichnungen im Umlauf.<sup>37</sup>

Die genaue Anzahl der in Paris in den Jahren 1834 bis 1836 tätigen Organisationseinheiten läßt sich nicht mehr genau ermitteln, lediglich die Zahl der Kreislager kann beziffert werden, da ein einziges in Paris unter der Führung von Venedey bestanden haben soll.<sup>38</sup> Dagegen schwanken die Angaben über die vorhandenen Lager und Zelte in der Forschung recht stark. Konnte Wolfgang Schieder auf der einen Seite die Existenz von vier Lagern in Paris, die jeweils von Venedey, seinem Kölner Jugendfreund und Buchhändler Gerhard Pappers, Goldschmidt und Schuster eingerichtet und geleitet wurden, nachweisen und unter Berücksichtigung der in den Statuten vorgeschriebenen Mitgliederhöchstzahl von zehn Mann pro Organisationseinheit eine Mitgliedergesamtzahl von rund 100 Personen bis Ende 1836 ermitteln, wovon 50 bis 60 auf die Aktivgruppe der Lager, 10 bis 15 auf die Kreislager und 40 auf die jedem

---

*tischen Untersuchungen, welche durch die neben der Bundesversammlung errichteten Com-missionen, der Central-Untersuchungs-Commission zu Mainz und der Bundes-Central-Be-hörde zu Frankfurt in den Jahren 1819 bis 1827 und 1833 bis 1842 geführt sind.* Frankfurt/M.: Meidinger, Sohn & Comp., 1860, S. 565-579. Das Gelöbnis bei der Aufnahme in die Lager hatte nach den „Statuten der Geächteten“ (wie Anm. 27), N 2316/75, Nr. 5, folgenden Wortlaut: „Ich gelobe bei meiner Ehre Verschwiegenheit über das Bestehen dieses Grades, Gehorsam seinen Gesetzen sowie den Verfügungen seiner gesetzlichen Obern, u. treuen aufopfernden Eifer für seinen erhabenen Zweck. Mich treffe Ehrlosigkeit und Tod, wenn ich wortbrüchig werde.“

<sup>37</sup> Wolfgang Schieder, *Anfänge der Arbeiterbewegung* (wie Anm. 20), S. 26. Aus welchen Gründen die Umbenennung erfolgte, ist nicht eindeutig festzustellen; allerdings wird sie von Schieder im Rahmen des Abkoppelungsprozesses des Bundes der Geächteten von seinem Vorbild der Charbonnerie gesehen und als ein „nach dem Muster der Charbonnerie hierarchisch-absolutistisch organisierter Geheimbund auf ausschließlich nationaler Basis“ gedeutet.

<sup>38</sup> „Periodischer Übersichtsbericht“ (wie Anm. 21), „§ 20 Dikasterien oder Kreislager“, S. 218-219.



Lager unterstehenden vier Zelte entfielen.<sup>39</sup> Im Unterschied dazu stützte Werner Kowalski auf der anderen Seite seine Berechnungen auf die Aussagen des Schneidermeisters Wilhelm Heinrich Joseph Enke, der in einem Verhör vom 11. Dezember 1840 insgesamt zwölf in Paris bestehende Lager genannt hatte. Aus diesem Grunde schätzte Kowalski die Zahl der Mitglieder des Geheimbundes in Paris bis 1836 auf ungefähr 200 bis 300. Genauere Zahlenangaben lagen ihm für die Mitgliedschaft des Bundes der Geächteten in Deutschland vor: Vor dem Hintergrund der sich bis 1839 von dem Frankfurter Lager aus konstituierenden sieben Zelte und des 1841/42 von den Behörden des Deutschen Bundes erstellten Verzeichnisses der 294 namhaft gemachten Mitglieder der „Geächteten“, ermittelte Kowalski eine Gesamtzahl der in Deutschland ansässigen Geheimbündler von ebenfalls annähernd 200 bis 300 Mitgliedern.<sup>40</sup>

Diese Mitgliederzahl läßt sich unmittelbar auf die Ausdehnung des Bundes der Geächteten bis 1842 zurückführen, da sich der Bund lediglich in Deutschland über zurückwandernde Handwerksgesellen etablierte. So gründeten im Juli oder August 1836 der aus Paris heimkehrende Schneidermeister Enke und der Gerbergeselle Rheinländer zusammen mit dem ehemaligen preußischen Unteroffizier Bruhn in Frankfurt das erste Zelt und Ende 1838 das einzige deutsche Lager. Das allmählich entstehende Organisationsnetz des Geheimbundes der „Geächteten“ und seines Nachfolgers der „Gerechten“ erstreckte sich schließlich, bis zu seiner Aufdeckung im Oktober 1840, über fast alle Staaten des Deutschen Bundes und besaß einen relativ autonomen Status. Zwar standen die deutschen Filialen über Emissäre, reisende Gesellen oder Sendboten mit der französischen Zentrale in Paris in Verbindung, aber durch die Bearbeitung und Anpassung der Bundesstatuten und Bundesprogramm-

<sup>39</sup> Wolfgang Schieder, *Anfänge der Arbeiterbewegung* (wie Anm. 20), S. 27, Anm. 80 (hier nennt Schieder auch weitere Führer der Lager) u. S. 119-120.

<sup>40</sup> „Zusammenstellung der Untersuchungsergebnisse“, „Der deutsche Bund der Geächteten“, „Berge oder Lager und deren Statuten“, abgedr. in: Kowalski, *Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus*, Bd. 2 (wie Anm. 21), S. 140; ders., *Bund der Geächteten* (wie Anm. 31), S. 210, Sp. 1 u. S. 215, Sp. 1-2; „Register. Verzeichnis der wegen Theilnahme am Bund der Geächteten, der Gerechten und der Deutschen gerichtlich bezichtigten Individuen“, in: Ilse, *Geschichte der politischen Untersuchungen* (wie Anm. 36), S. III-XL. Bei der Zahl von 294 Personen wurden die in dem Verzeichnis als Mitglieder der „Geächteten“, unabhängig von einer möglichen Doppelmitgliedschaft im Bund der Gerechten oder der Deutschen, geführten Personen zugrunde gelegt.

schriften an die deutschen Verhältnisse bewahrten sie sich eine gewisse Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, die sie selbst in Zeiten der politischen Grabenkämpfe unter den Pariser Geächteten und der im Laufe der Jahre 1836/37 vollzogenen Abspaltung der „Gerechten“ erhalten konnten. So unterhielten sie nach der abgeschlossenen Trennungsphase, also ab September 1837, sowohl Kontakte zu dem mittlerweile von Theodor Schuster allein geführten Bund der Geächteten, als auch zu dessen Nachfolgeorganisationen, dem Bund der Deutschen und dem der Gerechten. Die beinahe zeitgleich bestehenden Verbindungen zu den später programmatisch und organisatorisch sehr verschiedenen Parteivorformen der deutschen Arbeiterbewegung in Paris führten rückwirkend auch zu einer doppelten Einflußnahme derselben auf ihre Töchtergruppierungen im Deutschen Bund: So standen sich seit 1839 mit der von dem Schreinergehilfen Carl Friedrich Hoffmann in Hamburg gegründeten Gemeinde des Bundes der Gerechten – einer der wenigen ihrer Art auf deutschem Boden – die beiden unterschiedlichen Arbeiterparteien in Deutschland selbst gegenüber und warben um Zustimmung unter den politisierten Unterschichten. Wäre die Entdeckung der Geheimbünde durch die Polizeiorgane des Deutschen Bundes im Jahre 1840, die sich anschließende Verhaftungswelle sowie die angestregten Gerichtsprozesse gegen 197 ihrer Mitglieder ausgeblieben<sup>41</sup>, dann hätte sich unter Umständen auch schon vor der Revolution von 1848/49 eine facettenreiche frühproletarische Oppositionsbewegung in Deutschland festigen und konsolidieren können.

Die Frage, warum es zur Spaltung der Arbeiterbewegung 1836/37 in Paris gekommen ist, kann nicht mehr hundertprozentig geklärt werden und wird daher in der Forschung, je nach Zugehörigkeit zu einer bestimmten historiographischen Richtung, unterschiedlich beantwortet. Allerdings zeigt ein Vergleich der Statuten der beiden Auslandsvereine – die „Statuten des deutschen Bundes der Gerechtigkeit“ bzw. der „Gerechten“ waren im Juli 1838 fertiggestellt worden –, daß die sich abspaltenden Geheimbündler die unumschränkte Herrschaftsgewalt und Einflußsphäre der Zentralbehörde der „Geächteten“, des Brennpunktes, beschränken und anstelle der streng hierarchischen Organisationsstruktur eine demokratischere Bundesverfassung installieren wollten.<sup>42</sup> Die

<sup>41</sup> Wolfgang Schieder, *Anfänge der Arbeiterbewegung* (wie Anm. 20), S. 27-28 u. 55; Kowalski, ebd., S. 215, Sp. 1-2 u. S. 216, Sp. 2.

<sup>42</sup> Wolfgang Schieder, ebd., S. 46-48; siehe auch: Werner Kowalski: Endgültiger Zerfall des Bundes der Geächteten und Gründung des Bundes der Gerech-

späteren Aussagen der Mitglieder des Bundes der Gerechten vor der Frankfurter Bundeszentralbehörde und der Mainzer Zentraluntersuchungskommission bestätigen diesen Eindruck von einer prinzipiellen Unzufriedenheit der unteren Bundesgrade mit dem organisatorischen Aufbau und diktatorischen Führungsanspruch des Brennpunktes, da keiner der Befragten weltanschauliche oder programmatische Gegensätze als Ursache für die Spaltung angab, sondern alle Abweichler übereinstimmend die ‚von oben‘ auferlegte Pflicht zu unbedingtem Gehorsam für die Trennung der beiden Bünde verantwortlich machten. Da der Brennpunkt den organisatorischen Status quo trotz mehrfacher Anfragen nicht verändern wollte und auf ihm beharrte, verlief der Spaltungsprozeß anscheinend über einen längeren Zeitraum<sup>43</sup>, der sich in Deutschland wahrscheinlich sogar bis 1839/40 hinzog.

Zum Abschluß dieser Betrachtungen zur deutschen radikal- bzw. sozial-demokratischen Arbeiterbewegung zwischen 1832 und 1842 soll nun anhand der Untersuchung der wohl wichtigsten Programmschrift des Bundes der Geächteten, des zuvor bereits angesprochenen „Glaubens-

---

ten, in: *Bund der Kommunisten 1836-1852* hg. von Martin Hundt. Berlin (Ost): Akademie, 1988, S. 126-137; „Beilage C. Statuten des deutschen Bundes der Gerechtigkeit“, in: Ilse, *Geschichte der politischen Untersuchungen* (wie Anm. 36), S. 580-587. Der Bund der Gerechten setzte sich nach diesen Statuten organisatorisch von unten nach oben aus „Gemeinden“, „Gauen“ und einer „Volkshalle“ zusammen (vgl. „Abschnitt III. Von den Gemeinden.“, „Abschnitt IV. Von den Gauen.“ u. „Abschnitt V. Von der Volkshalle“, in: Ilse, ebd., S. 583-586).

<sup>43</sup> „Zusammenstellung der Untersuchungsergebnisse“, „Der deutsche Bund der Gerechten“, „Entstehung, Spaltung im Bunde der Geächteten“, abgedr. in: Kowalski, *Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus, Bd. 2* (wie Anm. 21), S. 156-164, hier S. 156, die Aussage des Schreinerergesellen Hoffmann in einem Verhör vor der Hamburger Polizeibehörde am 7. Dezember 1840, als er den Spaltungsprozeß des Bundes mit den Worten beschrieb: „Etwa andert-halb Jahre nach meiner – zu Anfang des Jahres 1836 erfolgten – Aufnahme in den Bund der Geächteten entstand eine große Spaltung im Bunde, weil von denen der höheren Grade verlangt wurde, man solle sich zum unbedingten Gehorsam verpflichten, der so weit gehe, die Bundbrüchigen zu ermorden; damals zerstreute sich ein guter Teil der Gesellschaft, und bin auch ich damals wieder ausgetreten.“ Laut den Aussagen des Mechanikers Fautz setzten die Auseinandersetzungen um die Gehorsamsfrage in den Zelten und Lagern der „Geächteten“ sogar schon im Gründungsjahr 1834 ein, vgl.: Kowalski, *Vorgeschichte und Entstehung* (wie Anm. 20), S. 147.

bekennnisses eines Geächteten“ vom Frühjahr 1834, das politische Credo der „Geächteten“ noch einmal genau beschrieben werden. Eine wichtige Voraussetzung für die Ausbildung einer eigenen Programmatik des Geheimbundes stellten in dem Zusammenhang die Berg- und Lager-Statuten der „Geächteten“ dar, die bereits im März oder April 1834 erschienen waren und in denen der Zweck der Verbindung in der „Befreiung Deutschlands von dem Joche schimpflicher Knechtschaft“ und in der gleichzeitigen „Begründung eines Zustandes, der so viel es Menschenvorsicht vermag, den Rückfall in Knechtschaft und Elend verhindert“, gesehen wurde. So heißt es in Artikel 2 und 3 der Statuten:

Die Erreichung dieses Hauptzweckes ist nur möglich bei Begründung und Erhaltung der socialen u. politischen Gleichheit, Freyheit, Bürgertugend u. Volkseinheit, zunächst in den der deutschen Sprache und Sitte angehörenden Ländergebieten, sodann aber auch bei allen übrigen Völkern des Erdkreises. [...] Diesem Zweck sucht der D.B. zu entsprechen durch Anerkennung der in angehängter E. d. M. u. B. R. aufgestellten Grundsätze nebst der in dem G. u. G. dazu gegebene Entwicklung, so wie durch ein beharrliches Streben nach deren Verwirklichung in den Vertragsverhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft.<sup>44</sup>

Demnach bekannten sich die anonymen Verfasser der Lager-Statuten zu den politischen Freiheits- und sozialen Gleichheitsrechten und erklärten deren Durchsetzung und Verankerung in Staat und Gesellschaft zum obersten Ziel der organisierten Handwerker- und Arbeiterschaft vor allen Dingen in den dem deutschen Sprach- und Kulturraum angehörenden Ländern – eine weitergehende, globale Vision ist in den Statuten mit der angestrebten weltweiten Verbreitung ihres Freiheits- und Gleichheitsideals aber bereits angesprochen – und ergänzten diese programmatische Zielsetzung noch um die Forderung nach der Einheit des gesamten deutschen Volkes. Ihre Vorstellungen zur politischen Verfassung und äußeren Form eines neu zu schaffenden deutschen Nationalstaates waren dabei einerseits durch die Anerkennung der französischen Erklärung

<sup>44</sup> „Statuten der Geächteten“ (wie Anm. 27), N 2316/75, Nr. 4. Die Abkürzungen „D.B.“, „E. d. M. u. B. R.“ und „G. u. G.“ stehen für den „Deutschen Bund“, ferner für die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ sowie vermutlich für das „Glaubensbekenntnis eines Geächteten“, hierzu: „Statuten des Bundes der Geächteten. (Berg- oder Lager-Statuten)“, abgedr. in: Förder/Hundt, *Der Bund der Kommunisten* (wie Anm. 30), S. 975, Anm. 1.

der Menschen- und Bürgerrechte bereits vorgegeben und in ihrem Rahmen abgesteckt und wurden andererseits in dem zur Erläuterung der Menschenrechtserklärung und ihrer eigenen politischen Vorstellungen gedachten „Glaubensbekenntnis eines Geächteten“ konkretisiert und auf den Punkt gebracht. So forderten der oder die unbekanntenen Autoren des „Glaubensbekenntnisses“ die Abschaffung der Monarchie, und zwar der absoluten wie der konstitutionellen, und setzten sich gleichzeitig für die Einführung einer freiheitlich-demokratischen Verfassungsordnung in einer neu zu konstituierenden Republik ein, in der gewählte Abgeordnete einer Volksvertretung die Gesetzesvorlagen vorbereiten und diskutieren sollten, die legislative Gewalt letzten Endes jedoch wie in der antiken athenischen und neuzeitlichen schweizerischen Demokratie der Gesamtheit der Staatsbürger vorbehalten bleiben sollte. Hingegen entwickelten die Vordenker der „Geächteten“ mit Blick auf die Exekutive den Gedanken, diese Gewalt im Staate gewählten Beamten zu übertragen und deren Tätigkeit von unabhängigen Kontrollinstanzen überwachen zu lassen, die gegebenenfalls auch für den Austausch der Staatsdiener sorgen sollten.<sup>45</sup> Schon an diesen verfassungsrechtlichen Grundsätzen des „Glaubensbekenntnisses“ kann die politisch-programmatische Weiterentwicklung des Bundes abgelesen werden: Denn die Verfasser der Schrift beschränkten sich in ihren Ausführungen nicht mehr allein nur auf das Konzept einer repräsentativen Demokratie, sondern konstruierten über die direkte Beteiligung der stimmberechtigten Staatsbürger an der Gesetzgebung das Bild eines kombinierten Systems von mittelbarer, parlamentarischer und unmittelbarer, plebiszitärer Demokratie, das sie bei der Einrichtung eines Verfassungsstaates und Nationalstaates in Deutschland verwirklichen wollten.

Einen weiteren wichtigen Schwerpunkt der politischen Arbeit der „Geächteten“ sahen die Autoren des „Glaubensbekenntnisses“ dann vor allem im sozioökonomischen Bereich, wobei für sie die radikale Deutung des Eigentumsbegriffs eine genauso wichtige Rolle spielte wie die Forderung nach einer Gleichstellung der Vermögensverhältnisse aller Bürger. Aus der naturrechtlich begründeten Maxime der rechtlichen Gleichheit

---

<sup>45</sup> Zur Programmatik des „Glaubensbekenntnisses“ vgl.: „Glaubensbekenntnis eines Geächteten“ (wie Anm. 30), S. 184-186 u. 189-190; siehe auch Kowalski, *Bund der Geächteten* (wie Anm. 31), S. 213, Sp. 1; zur Datierung des „Glaubensbekenntnisses“: Wolfgang Schieder, *Anfänge der Arbeiterbewegung* (wie Anm. 20), S. 187, Anm. 44.

aller Menschen leiteten die Verfasser des Bekenntnisses eine „Annäherung der Gleichheit in den äußeren Verhältnissen“ ab und begründeten diesen Anspruch mit der angeblich nur auf diese Weise zu sichernden Unabhängigkeit der Staatsbürger bei der politischen Entscheidungsfindung und Rechtsausübung. Da der Zweck des Gemeinwesens darüber hinaus im Glück aller Bürger bestehe, und der Staat dieses Glück zu gewährleisten habe, dürfe jener auch in die Eigentumsverhältnisse des Einzelnen eingreifen. Daher plädierten die „Geächteten“ zwecks Sicherstellung der sozialen Existenz aller Bürger für die Einführung einer Progressivsteuer, die jegliche übermäßige Konzentration von Privatvermögen zum Schaden der Mitbürger und des Staates verhindern und das individuelle Eigentum auf ein festgelegtes Maß und Maximum beschränken sollte. Diese schon von den Frühsozialisten konzipierten sozioökonomischen Vorstellungen kumulierten schließlich in der Aussage, daß „das Recht auf Existenz [...] höher, als das Recht auf Eigentum“ zu bewerten sei.<sup>46</sup> Damit hoben die Verfasser des „Glaubensbekenntnisses“ auf eine verschärfte Differenzierung zwischen den politischen und sozialen Menschenrechten ab, das heißt, entsprechend ihres Eigentums- und Fürsorgeverständnisses standen die politischen Freiheitsrechte in Abhängigkeit von den sozialen Gleichheitsrechten, da eine freiheitliche Verfassung nur dann allen Staatsbürgern zugute kommen könne, wenn jene durch bestimmte, die Gleichheit betreffende Regelungen gesichert sei. Die ideologisch-theoretischen Prämissen der Verfasser des „Glaubensbekenntnisses eines Geächteten“ hatten sich also dahingehend verschoben, daß nun auch der Auffassung von der Notwendigkeit der sozialen Befreiung als Voraussetzung für die politische Freiheit eine immer wichtigere Rolle für das Funktionieren eines demokratischen Gemeinwesens zugesprochen wurde. Trotz der ihr beigemessenen Bedeutung fiel diese Gewichtsverlagerung von der politischen Freiheit zur sozialen Gleichheit aus Sicht einschlägiger historischer Untersuchungen eher gemäßigt aus, da die anonymen Autoren die sozialen Verhältnisse in Deutschland „nicht revolutionieren, sondern höchstens reformieren“, dem Staat also mit ihrem Reformprogramm soziale Pflichten auferlegen, diesen und die Gesellschaft aber nicht sozialisieren wollten.<sup>47</sup>

---

<sup>46</sup> „Glaubensbekenntnis eines Geächteten“, ebd., S. 187-188.

<sup>47</sup> Vgl. Wolfgang Schieder, *Anfänge der Arbeiterbewegung* (wie Anm. 20), S. 190-191.

Resümierend kann man festhalten, daß das „Glaubensbekenntnis eines Geächteten“ von 1834 in seiner Programmatik bereits auf einen weiteren Strang, eine neue weltanschaulich-politische Richtung innerhalb der oppositionellen deutschen Handwerker- und Arbeiterschaft hindeutet, die sich organisatorisch von Anfang an, seit Frühjahr 1834, um den Pariser Bund der Geächteten gruppierte und sich bis 1836 vereinsintern stabilisieren konnte. Der Auslandsverein der „Geächteten“ weist mit seinem hohen Organisationsgrad, dem zwar schwankenden, letztlich aber relativ konstanten Mitgliederbestand und Mitgliederzuspruch aus den kleinstädtischen Schichten sowie mit seiner recht ausgefeilten Programmatik, die demokratische Grundprinzipien mit sozialen Forderungen verband, einige zur Kennzeichnung von Parteien typische Merkmale auf, die eine Charakterisierung des Bundes der Geächteten als den ersten Ansatz zu einer sozial-demokratischen Arbeiterpartei rechtfertigen können. Natürlich muß man einschränkend hinzufügen, daß der Pariser Bund eine Vereinigung im Exil und eben nicht im Heimatland darstellte und zudem weder eine Massenorganisation, noch eine Volkspartei war, denn dafür fehlten ihm ganz einfach die Artikulationsforen und Entfaltungsmöglichkeiten eines freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaates und einer pluralen Öffentlichkeit, wie die freie Presse oder das verfassungsrechtlich garantierte Betätigungsfeld eines Parlamentes. Dennoch trugen führende „Geächtete“ wie Jakob Venedey und Theodor Schuster über die Programmschriften, das regelmäßig erscheinende Periodikum „Der Geächtete“ und über die Lektüre und Diskussion von eigens die Interessen der Handwerker- und Arbeiterschaft thematisierenden Flugblättern eindeutig zur politischen Meinungs- und Willensbildung dieser Schichten bei. Gerade im Meinungsbildungs-, Aufklärungs- und Geselligkeitsstreben, aber auch im politischen Gestaltungswillen und Machtdrang; desgleichen in den programmatisch fixierten, alle Mitglieder miteinander verbindenden und gemeinsam vertretenen Grundüberzeugungen und dem sich daraus ableitenden spezifischen Gruppenbewußtsein; sowie, nicht zu vergessen, in dem Organisationsstatus und der relativ großen Verbreitung durch ein weit verzweigtes Netz von Tochterorganisationen manifestieren sich alle diejenigen Elemente, Eigenschaften und Attribute, die den Pariser Bund der Geächteten zu einer Frühform des deutschen Parteiwesens machen. Vor allem weisen sie ihn als den emigrierten sozial-demokratischen Zweig der organisierten deutschen Handwerker- und Arbeiterbewegung vor der Revolution von 1848/49 und als *eine* Variante einer vorrevolutionären Arbeiterpartei aus.

Um diese ersten Eindrücke und Ergebnisse hieb- und stichfest zu machen, soll im nächsten Abschnitt der Abhandlung anhand der Schilderung eines zentralen Ausschnitts der Lebensgeschichte und des politischen Werdegangs von Jakob Venedey, eines Wegbereiters, Vorkämpfers und typischen Vertreters der Demokratie in Deutschland aus der Epoche zwischen Napoleon und Bismarck, der bisher ermittelten, recht theoriebeladenen Parteiengeschichte ein wenig Leben eingehaucht und diese exemplarisch am konkreten biographischen Fall vorgeführt und nachvollzogen werden.

### 3. Der Weg des Schriftstellers und Historikers Jakob Venedey ins Pariser Exil und in den Bund der Geächteten von 1834/36

Fern in Sibiriens ewigem Bann  
 Verstieß der Kaiser den polnischen Mann,  
 Den Durst nach der Freiheit zu zahlen,  
 Dem Vaterlande verblieb er so treu,  
 Drum sollt' er jetzo zu schrecklicher Reu'  
 Verkümmern im Lande der Qualen.

Und oft schon wechselt die Sonne das Jahr,  
 Und bleicht dem Armen das dunkle Haar,  
 Doch kann sie die Sehnsucht nicht stillen;  
 Denn nach der Freiheit beglückendem Land  
 Ist fest das innere Auge gewandt,  
 Wenn Thräume das äußere füllen.

Doch endlich lacht ihm das himmlische Glück,  
 Er täuscht der Wächter mißtrauenden Blick  
 Und flihet mit flüchtiger Eile,  
 Und liegt das Land der Verheißung auch fern,  
 Es winkt ihm freundlich ein goldener Stern,  
 Er kennt nicht Rast und nicht Weile. [...]

Doch ach! die nächtliche Wache, sie traf  
 Den flücht'gen Polen im tiefesten Schlaf,  
 Und nimmt den Entkomm'nen gefangen,  
 Und nun – es faßt mich ein schauernder Graus –  
 An *Rußland* liefert den Armen man aus,  
 O hätt' man ihn lieber gehangen!



Es färbt die Knute ein edeles Roth,  
 Es stirbt der Tapf're den schmähhlichen Tod,  
 Er sinkt in die düstere Lache;  
 Und jedes deutsche, empfindende Herz  
 Erbebt in mildem, in grimmigem Schmerz,  
 Und harret des Tages der Rache.<sup>48</sup>

Jakob Venedeys undatiertes Gedicht „Der Verbannte“, das im französischen Exil wahrscheinlich in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden ist und die erbarmungslose Verfolgung und Bestrafung von Teilnehmern des polnischen Aufstands von 1830/31 nach dessen Niederschlagung durch das russische Zarenreich zum Thema hat, verweist auf einen ganz spezifischen politischen Lebenslauf, den des für seine freiheitliche Gesinnung und sein politisches Engagement gejagten und drangsalierten Oppositionellen und – im Falle von Venedey und vielen seiner polnischen Freunde und Leidensgefährten im Exil – intellektuellen Emigranten. Dieser Lebenslauf-Typus, der im Vormärz unter vielen Demokraten und Republikanern, aber auch unter einigen Liberalen West- und Mitteleuropas zu finden war, soll in diesem Abschnitt am Beispiel des Lebensweges des Schriftstellers, Journalisten, Historikers, Politikers und zeitweiligen Parteiführers Jakob Venedey festgemacht werden, nicht zuletzt auch deshalb, weil das Exil beinahe ein Drittel seines Lebens bis 1848 umspannt und seine politischen Einstellungen entscheidend beeinflusst hat.<sup>49</sup> Doch bevor im folgenden ein Überblick über einzelne Lebensstationen von Jakob Venedey im Vormärz bis zu seiner Rückkehr aus der Emigration im Jahre 1848 gegeben wird, sollen noch ein paar Worte zum Forschungsstand über ihn und zu der ihn ins Visier nehmenden Fachliteratur gesagt werden.

Die historiographische Auseinandersetzung mit Jakob Venedey und seinem umfangreichen, heute in Vergessenheit geratenen politischen und literarisch-wissenschaftlichen Werk strebt, vereinfacht ausgedrückt, gegen Null. Diesen Eindruck kann man zumindest gewinnen, wenn man einen ersten Blick auf die Forschungslage zu ihm wirft. Denn dann wird

<sup>48</sup> Jakob Venedey: *Der Verbannte. Gedicht*, o.O. u. o.J., in: *BA Berlin-Lichterfelde, Nl. Jakob Venedey*, N 2316/66.

<sup>49</sup> Nach 16jährigem Exil kehrte Jakob Venedey im Jahr 1848 im Alter von 42 Jahren nach Deutschland zurück. Zu den emigrierten Intellektuellen und Oppositionellen im vormärzlichen Europa vgl. auch: Christophe Charle: *Vordenker der Moderne. Die Intellektuellen im 19. Jahrhundert*. Frankfurt/M.: Fischer, 1997, insbes. S. 78-83.

man feststellen, daß trotz der auf verschiedenen Ebenen stattgefundenen Gedenkveranstaltungen zum 150jährigen Jubiläum der deutschen und europäischen Revolutionen von 1848/49 und der dabei wiederentdeckten Revolutionshelden und Volkstribüne<sup>50</sup>; trotz der ihm und seiner Familie aus diesen Anlässen gewidmeten Berichterstattung und historischen Dokumentationen in den Printmedien und der auf lokaler Bühne präsentierten Expositionen und Theateraufführungen<sup>51</sup>; sowie trotz der mittlerweile erschienenen wissenschaftlichen Fachliteratur zu den deutschen Jakobinern, Cislebanen und Patrioten der französischen Revolutionszeit und napoleonischen Ära, den Burschenschaftern, Hambacher Festteilnehmern, Geheimbühlern, Exilanten und Linksintellektuellen des Vormärz oder zu den „Achtundvierzigern“ und der „Paulskirchen-

<sup>50</sup> Den Forschungsstand zur 1848er Revolution vermitteln: Manfred Gailus: Bürgerliche Revolution? Deutsche Revolution? Europäische Revolution? Neuerscheinungen und Forschungstrends im Zeichen des 150-jährigen Jubiläums der Revolution von 1848/49, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (demn.: ZfG) 47 (1999), S. 623-636; Rüdiger Hachtmann: 150 Jahre Revolution von 1848: Festschriften und Forschungserträge, in: *AfS* 39 (1999), S. 447-493; Teil II, in: *AfS* 40 (2000), S. 337-401; Dieter Langewiesche: Populare und professionelle Historiographie zur Revolution von 1848/49 im Jubiläumsjahr 1998, in: *ZfG* 47 (1999), S. 615-622. Das revolutionäre Engagement von Jakob Venedey und der Familie Obermüller kam in den Jubiläumsausstellungen in Frankfurt, Karlsruhe, Köln und Stuttgart zur Sprache, während Venedeys Vater einen Platz in der Dauerausstellung der Erinnerungsstätte in Rastatt gefunden hat: Lothar Gall (Hg.): *1848. Aufbruch zur Freiheit. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums zum 150jährigen Jubiläum der Revolution von 1848/49*. 2. Aufl. Frankfurt/M.: Nicolai, 1998, S. 201 u. 209; Harald Siebenmorgen u.a. (Red.): *1848/49 – Revolution der deutschen Demokraten in Baden* hg. vom Badischen Landesmuseum Karlsruhe. Baden-Baden: Nomos, 1998, S. 223, 229, 355 u. 420-422; Wolfgang Michalka u.a. (Red.): *Einigkeit und Recht und Freiheit. Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Katalog der ständigen Ausstellung* hg. vom Bundesarchiv. Bönen: Kettler, 2002, S. 43.

<sup>51</sup> Zum Gedenken an Jakob Venedeys und Henriette Obermüllers revolutionäres Tun 1848/49: Gerold Hofmann: Freiheit, Gleichheit – Venedey. Von Michel 1789 zu Michael 1998: Die Geschichte einer Familie radikaler Demokraten in Deutschland, in: *Die Zeit*, Nr. 10 (26. Februar 1998), S. 69; *Zeitenwende – Das Leben der Henriette Obermüller-Venedey. Ausstellung im Pfingzgau-Museum Karlsruhe-Durlach*, 27. November 1999 bis 28. Februar 2000.

linke(n) [...] in der nachrevolutionären Epoche<sup>52</sup> schon seit geraumer Zeit, genauer seit über 70 Jahren keine neue wissenschaftliche Biographie zu ihm mehr veröffentlicht worden ist. Und so stützt sich seine historiographische Erfassung und das vorhandene Wissen über ihn im wesentlichen auf einige jüngere Lexikonartikel, Aufsätze und eine Quellenedition aus den 1990er Jahren<sup>53</sup> sowie auf drei ältere biographische Monographien aus den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts, die sich ihrerseits entweder auf die Schilderung eines Lebensabschnitts oder auf die Analyse der politischen Vorstellungswelt Venedeys beschränken.<sup>54</sup>

<sup>52</sup> Hier eine Auswahl: Wolfgang Reinbold: *Mythenbildungen und Nationalismus. „Deutsche Jakobiner“ zwischen Revolution und Reaktion (1789-1800)*. Bern/Berlin u.a.: Peter Lang, 1999; Stephan Walter: *Demokratisches Denken zwischen Hegel und Marx. Die politische Philosophie Arnold Ruges. Eine Studie zur Geschichte der Demokratie in Deutschland*. Düsseldorf: Droste, 1995; Sabine Freitag (Hg.): *Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49*. München: C.H. Beck, 1998; Christian Jansen: *Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche 1849-1867*. Düsseldorf: Droste, 2000.

<sup>53</sup> Zuletzt: Birgit Bublies-Godau: „Son cœur était profondément allemand, mais sa science était européenne et sa philosophie vraiment cosmopolite...“ – Die Biographie Jakob Venedeys (1805-1871) als Beitrag zur deutschen Demokratie- und Liberalismusforschung, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* (demn.: JzLF) 15 (2003), S. 91-118; außerdem: Dies. (Hg.): „Dass die Frauen bessere Demokraten, geborene Demokraten seyen...“ Henriette Obermüller-Venedey – Tagebücher und Lebenserinnerungen 1817-1871. Karlsruhe: Badenia, 1999; Dies.: Jakob Venedey – Henriette Obermüller-Venedey: Der Held des Parlaments und die Heckerin, in: Freitag, *Die Achtundvierziger* (wie Anm. 52), S. 237-248; Dies.: Gegen den Strom – Das Leben und Werk des rheinischen Politikers, Publizisten und Historikers Jakob Venedey (1805-1871). Grundzüge einer Biographie eines demokratischen Intellektuellen in der bürgerlichen Gesellschaft. In: *JzLF* 7 (1995), S. 149-163; Michael Venedey: Artikel: Venedey, Jacob, in: *Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten. Ein Lexikon* hg. von Manfred Asendorf u. Rolf von Bockel. Stuttgart/Weimar: J.B. Metzler, 1997, S. 657, Sp. 2 – S. 659; Heinrich Best/Wilhelm Weege: Artikel: Venedey, Jacob, in: *Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49* hg. von dens. Düsseldorf: Droste, 1996, S. 342, Sp. 2 – S. 343, Sp. 1.

<sup>54</sup> Zu den älteren Abhandlungen: Hermann Venedey: *Jakob Venedey. Darstellung seines Lebens und seiner politischen Entwicklung bis zur Auflösung der ersten deutschen Nationalversammlung 1849*. Diss. Stockach 1930; Wilhelm Koppen: *Jakob Ve-*

Das bisherige Fehlen einer umfassenden Gesamtbiographie Venedeys, die auch seinen ergiebigen Nachlaß und sein umfangreiches Œuvre berücksichtigt<sup>55</sup>, hatte gerade für ihn als eine der Leitfiguren der deutschen Linken im 19. Jahrhundert fatale Auswirkungen: Obwohl er sich zu Lebzeiten aufgrund seiner zahlreichen Veröffentlichungen, Ämter, Funktionen und Aktivitäten einen Namen machte und in der deutschen, vor allem demokratischen (Gegen-)Öffentlichkeit als kenntnisreicher Analytiker der deutschen und europäischen Politik und als „tapferer und edler Kämpfer für Deutschlands Freiheit“ einen hohen Bekanntheitsgrad, große Anerkennung und „wirkliche Zuneigung von allen Parteien“ genoß<sup>56</sup>, ist seine Person wie auch sein überaus facettenreiches Werk – in dem er sich mit der Geschichte der Stadt Florenz und der „großen Bürgerfamilie“ der Medici, der französischen Frühaufklärung nach dem Briefroman „Lettres Persanes“ von Montesquieu und den freiheitlichen Bestrebungen der deutschen Jakobiner gegen Ende des 18. Jahrhunderts ebenso beschäftigte wie mit den Epen Walther von der Vogelweides und den Dramen und Dichtungen Friedrich Schillers oder mit den provozierenden Ideen und Utopien der deutschen Linkshegelianer, französischen Fourieristen, Proudhonisten und englischen Chartisten<sup>57</sup> – in der heuti-

---

*vedey, ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Gedankens in Deutschland.* Diss. Frankfurt/M. 1921; Max Winzen: *Die Entwicklung der politischen Gedanken Jakob Venedeys.* Diss. Bonn 1926.

<sup>55</sup> In meiner Biographie ist auf Jakob Venedey wird u.a. der gesamte verfügbare Nachlaß und das vollständige, zugängliche politische und literarisch-wissenschaftliche Werk von Venedey in einem speziellen Nachlaß-, Werk- und Schriftenverzeichnis bibliographisch erfaßt, im einzelnen aufgeführt und ausführlich kommentiert.

<sup>56</sup> Zu Venedeys positivem Ruf: Fanny Lewald: *Erinnerungen aus dem Jahre 1848.* In Auswahl hg. von Dietrich Schaefer. Frankfurt/M.: Insel, 1969, S. 114-115; Immediatbericht des Bundestagsgesandten Clemens Theodor Perthes an Herzog Bernhard von Meiningen, abgedr. in: *Quellen zur deutschen Revolution 1848-1849* hg. von Hans Fenske. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1996, S. 137-143, hier S. 140; Brief von Karl Heinrich Brüggemann und Joseph DuMont an Jakob Venedey aus Köln nach Paris vom 27. Februar 1848, in: *BA Koblenz, FSg. 1/184 Venedey* Fol. 1-128, hier Fol. 14; Brief von Dr. Kempff an Jakob Venedey aus Meisenheim nach Frankfurt/M. vom 3. Juli 1848, in: *BA Abt. Berlin-Lichterfelde, Nl. Jakob Venedey*, N 2316/94, Nr. 43.

<sup>57</sup> Gedacht ist an folgende Schriften: Jakob Venedey: Florenz und die Mediceer, in: *Westermann's Jahrbuch der Illustrierten Deutschen Monatshefte*, 18 (1865), S. 609-615, Sp. 1, zit. S. 615, Sp. 1; Ders.: *Macchiavel, Montesquieu, Rousseau*. 2 Bde.

gen Politik, Kultur, Wissenschaft und Öffentlichkeit fast völlig in Vergessenheit geraten. Gleiches gilt auch für seine unzähligen Verbindungen und engen persönlichen Beziehungen zu namhaften Zeitgenossen.

Was demgegenüber in der Rezeptionsgeschichte zu Jakob Venedey erhalten blieb und von ihm in der Geschichtsschreibung überliefert wurde, kreist um ein überwiegend negatives Gesamtbild, das seine zahlreichen politischen Konkurrenten und Gegner von rechts wie links als Reaktion auf seine Ziele und Forderungen von ihm entworfen hatten und das später von der deutschen Historiographie zumeist auch nicht mehr hinterfragt und verändert wurde. So wurde Venedey zum Beispiel in der vor-märzlichen Ära Metternich von Seiten der staatlichen Behörden als „eines der Häupter der revolutionären Propaganda zu Paris“ gefürchtet und als vermeintlicher Hochverräter strafrechtlich verfolgt<sup>58</sup>, während er zur Zeit der 1848er Revolution bei liberalen Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung nur auf Unverständnis, wenn nicht gar auf Ablehnung stieß und bei ihnen aufgrund seiner politischen Überzeugun-

---

Berlin: Franz Duncker, 1850, hier *Bd. 1: Erster Theil: Macchiavel und Montesquien*, S. 142-148; Ders.: *Die deutschen Republikaner unter der französischen Republik. Mit Benutzung der Aufzeichnungen seines Vaters Michel Venedey dargestellt*. Leipzig: F.A. Brockhaus, 1870; Ders.: *Manuskript zu dem Dichter „Friedrich Schiller“*, Hd.Ms. o.O. (1864/65); Ders.: *Manuskript zu der Vorlesung: „Die deutsche Dichtung in der Nibelungenperiode. Eine öffentliche Vorlesung.“*, Hd.Ms. Zürich 1865; Ders.: *England*. 3 Bde. Leipzig: F.A. Brockhaus, 1845, hier *Bd. 3*, S. 402-461. Zu Venedeys Auseinandersetzung mit den Linkshegelianern siehe auch: Martin Hundt: Zum Briefwechsel der „Deutschen Jahrbücher“ und der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ mit politischen Emigranten. Das Beispiel Venedey-Ruge, in: *Politische Netzwerke durch Briefkommunikation. Briefkultur der politischen Oppositionsbewegungen und frühen Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert* hg. von Jürgen Herres u. Manfred Neuhaus. Berlin: Akademie, 2002, S. 275-302.

<sup>58</sup> Zu den Einschätzungen kommen der preußische Gesandte in Paris, Mitarbeiter der Strafverfolgungsbehörden und Konfidenten der Zentraluntersuchungskommission, vgl.: „Abschrift“ des Berichts des Freiherrn von Werther aus „Paris d. 15. December 1836“ u. „Auszug aus dem Schreiben eines Pariser Correspondenten vom 13. März 1842“, beide in: *Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz Berlin* (demn.: GSTAPK Berlin), I. HA, Rep. 77, Abt. II, Sect. 10a, Tit. 6, Spec. Lit. V, Nr. 9: „Acta betr.: den Rechtskandidaten Jacob Venedey, aus Cöln, wegen Theilnahme an dem Hambacher Feste & Verbreitung aufrührerischer Schriften.“, Bl. 204-206, hier Bl. 204 u. Bl. 225; Bericht aus „Mainz, im Herbst 1842“, in: *Literarische Geheimberichte aus dem Vormärz* hg. von Karl Glossy, I. Teil: (1833-1842). Wien 1912, Nachdr., Hildesheim: G.A. Gerstenberg, 1975, S. 322-329, hier S. 325.

gen im Ruf eines politischen „Träumer[s] an der Spitze“ der Linken stand, der „mit seiner Tracht [...] dem Studentenkostüme [nicht] entwachsen“ sei und dessen Politik „nur aus aphoristischen Wallungen eines guten Herzens und einer manirierten Erfahrung“ bestehe.<sup>59</sup> Weitaus heftigere Kritik mußte Venedey allerdings aus dem Lager der extremen Linken einstecken. Deren Vertreter verurteilten ihn scharf wegen seines nachdrücklichen Bekenntnisses zum westlichen Demokratiemodell und seiner strikten Ablehnung einer sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, also wegen seiner „mit einem Wort, schwarzrot-goldene[n] Theorien“, verspotteten ihn, etwa bei einer Sitzung der Deutschen demokratischen Gesellschaft vom 6. März 1848 in Paris als „blondes Kind Tusneldas“ oder in einem Artikel der zwischen 1845 und 1851 erscheinenden, kommunistischen Emigranten nahestehenden *Deutschen Londoner Zeitung* als „Teutoburger Waldmenschen“, und qualifizierten ihn letztlich aufgrund seines in ihren Augen nur mangelhaft entwickelten politischen (Klassen-)Bewußtseins als kleinbürgerlichen Demokraten ab.<sup>60</sup>

Wer war aber nun Jakob Venedey wirklich? Tatsächlich nur ein idealistischer Vielschreiber und Tagträumer oder etwa doch ein ernst zu nehmender, vielseitiger, gerade in seiner Exilzeit als entschiedener Demokrat, Republikaner und Patriot an die Öffentlichkeit tretender Politiker und Homme de Lettres? Kommen wir damit zu Jakob Venedeys Lebensstationen und Wirkungskreisen zwischen der Metternich'schen Restauration der 1820er Jahre und dem Ausbruch der Pariser Februar- und deutschen Märzrevolution von 1848.

<sup>59</sup> Die Meinungen der liberalen Abgeordneten finden sich in: Brief von Maximilian Duncker an seine Frau aus Frankfurt/M. vom 20. Dezember 1848, in: Fenske, *Quellen zur deutschen Revolution 1848-1849* (wie Anm. 56), S. 241-242, hier S. 242; Heinrich Laube: *Das erste deutsche Parlament. In drei Bänden.* Leipzig 1849. Neu hg. von Albert Hänel. Leipzig: Max Hesses, 1909, hier Bd. 2, S. 139; Rudolf Hayms Urteil zit. nach: Karl Friedrich Wilhelm Wippermann: Artikel: Jakob Venedey, in: *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 39: *Tunner – de Vins*. Neudr. der 1. Aufl. Leipzig 1895, 2. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot, 1971, S. 600-604, hier S. 602.

<sup>60</sup> Zu den Urteilen der extremen Linken vgl.: Bericht aus „Paris, 12. März 1848“, in: *Literarische Geheimberichte. Protokolle der Metternich-Agenten* hg. von Hans Adler. Bd. II: 1844-1848. Köln: C.W. Leske, 1981, S. 192-193, hier S. 193; „Bericht über eine deutsche demokratische Massenversammlung in Paris, 6. März 1848“, gekürzter Artikel aus der *Deutschen Londoner Zeitung*, Nr. 154 vom 10. März 1848, in: Förder/Hundt, *Der Bund der Kommunisten* (wie Anm. 30), S. 715-717, hier S. 716.

Als Jakob Venedey im November 1833 nach Paris ging, um sich in der französischen Hauptstadt als Feuilletonist und Auslandskorrespondent deutscher Zeitungen eine materielle Existenz zu schaffen und um darüber hinaus am Aufbau demokratischer Organisationen und der frühen deutschen Arbeiterbewegung wie an den innenpolitischen Auseinandersetzungen der französischen Julimonarchie teilzuhaben, da hatte er auf seinem bisherigen Lebensweg schon einige Erfahrungen als Literat und Journalist, politischer Aktivist und Dissident, als verfolgter Oppositioneller und Flüchtling sammeln und seine demokratischen Anschauungen und Haltungen festigen, aber auch durch die Arbeit in Exilantenzirkeln radikalisiert werden können. Wenige Monate vor Aufhebung des republikanischen Kalenders am 4. Prairial des Jahres XIII oder am 24. Mai 1805 während der französischen Besatzung des Rheinlandes als „Jacques Venedey“, ältester Sohn des Rechtsanwalts, ehemaligen Cisirhenanen-Führers und Moderateurs des Kölner Konstitutionellen Zirkels von 1798, Michael Venedey und dessen Frau Anna Barbara<sup>61</sup>, geboren, hatte Venedey schon früh, während seines Jurastudiums von 1824 bis 1828 an den Universitäten Bonn und Heidelberg damit begonnen, sich politisch zu engagieren. So war er aus Bonn am 27. August 1826 „wegen Verdachts, an einer dortigen Studentenverbindung theil genommen zu haben, weggewiesen“ worden, setzte sich aber bereits kurze Zeit später in Heidelberg für die Burschenschaft der Germanen ein und vertrat diese beim Bamberger Burschentag im August 1827. Ungeachtet dieser politischen Aktivität widmete sich Venedey, um sich eine gesicherte bürgerliche Existenz als Jurist aufbauen zu können, intensiv seinem Studium. Kurz vor dem Examen zwangen ihn jedoch finanzielle Schwierigkeiten seines Vaters, die Universität vorzeitig zu verlassen, und so kehrte er im Herbst 1827 nach Köln zurück, um in der väterlichen Kanzlei mitzuarbeiten.<sup>62</sup> Zur erhofften Wiederaufnahme seines Studiums kam es indes

<sup>61</sup> Zu Michael und Jakob Venedeys Biographie vgl.: Axel Kuhn: Venedey, Michel, in: *Biographisches Lexikon zur Geschichte der demokratischen und liberalen Bewegungen in Mitteleuropa* hg. von dems., Helmut Reinalter u. Alain Ruiz. Bd. 1: 1770-1800. Frankfurt/M./Bern u.a.: Peter Lang, 1992, S. 124; Bublies-Godau, Gegen den Strom (wie Anm. 53), S. 156. Aus dem Nachlaß vgl.: „Acte de Naissance vom 4. Prairial XIII, Maire de Cologne.“, in: „Auszüge aus den Geburts- und Sterbe-Urkunden-Registern der Stadt Köln“ vom 18.5.1854.

<sup>62</sup> Zu Venedeys Studienzeit und seiner Burschenschaftszeit vgl.: Das Personal- und Studentenverzeichnis der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn vom WS 1821/22 bis SS 1837. (Bonn) (Mai) 1977, in: *Universitätsarchiv*

nicht mehr, da rheinische Jurastudenten nach der damaligen preußischen Gesetzgebung ihre Examen in den alten, angestammten preußischen Herrschaftsgebieten ablegen mußten, und Vater und Sohn Venedey für einen weiteren auswärtigen Studienaufenthalt die nötigen Mittel fehlten.

Seiner beruflichen Laufbahn als Jurist im Staatsdienst vorerst beraubt, beschäftigte sich Jakob Venedey zunächst als ‚privater Rechtsgelehrter‘ in der Praxis seines Vaters mit Studien über den Strafvollzug, aus denen er das Material zu einer Doktorarbeit sammeln wollte.<sup>63</sup> Um seinen Lebensunterhalt verdienen zu können, wandte er sich zusätzlich der publizistischen Tätigkeit zu und berichtete seit 1829 als Gerichtsreporter für die Zeitung *Der Verkündiger* über die Kölner Assisenverhandlungen, vor allem über den Prozeß gegen die Aufständischen des Aachener Aufruhrs vom 30. August 1830, bei dem sein Vater als Verteidiger fungierte. Aus diesen Erfahrungen mit der Rechtspraxis und seiner sozialkritischen Berichterstattung gingen Venedeys erste Publikationen über „Das Geschworenengericht in den preussischen Rheinprovinzen“ und die „Darstellung der Verhandlungen vor den Assisen zu Köln“ von 1830/31 hervor<sup>64</sup>, die er für seine Promotion über das rheinische Gerichtswesen an der Universität Gießen vorlegen wollte. Allein in der Monographie über die Geschworenengerichte findet sich in konzentrierter Form ein Konglomerat von Bekenntnissen und Ansprüchen, die Venedey als typi-

---

(demn. UA) *Bonn*, Bb 100; „Verhandlungen über das Verbindungs-Wesen unter Studirenden vom Juni 1825 bis 1836.“, in: Ebd., Bestand Rektorat, U 163, Nr. 4; „Verzeichniss der sämtlichen Studirenden auf der Universität Heidelberg“ im Wintersemester 1826/27 u. Sommersemester 1827. (Heidelberg 1826/27), S. 68, in: *UA Heidelberg* (ohne Sign.); „Criminalrath Dambach“ an den preußischen Staatsminister von Brenn u. Justizminister von Kamptz, „Berlin am 20. März 1834“, in: „*Acta betr.: den Rechtskandidaten Jakob Venedey.*“ (wie Anm. 58), Bl. 17-20; Hermann Venedey, *Jakob Venedey*, S. 4 u. 6-8 u. Koppen, *Jakob Venedey*, S. 16 (beide wie Anm. 54); siehe auch: Wolfgang Hardtwig: Protestformen und Organisationsstrukturen der deutschen Burschenschaft 1815-1833, in: Reinalter, *Demokratische und soziale Protestbewegungen* (wie Anm. 11), S. 37-76.

<sup>63</sup> Hermann Venedey, ebd., S. 13; Koppen, ebd., S. 17. Als ‚Privater Rechtsgelehrter‘ bezeichnet sich Venedey in einem Verhör nach seiner Verhaftung, dazu: „Abschrift. Mannheim, den 25ten August 1832. Vor Amtmann Kinn.“, in: „*Acta betr.: den Rechtskandidaten Jakob Venedey.*“ (wie Anm. 58), Bl. 4.

<sup>64</sup> Jakob Venedey: *Das Geschworenengericht in den preussischen Rheinprovinzen*. Köln: Gerhard Pappers, 1830; ders.: *Darstellung der Verhandlungen vor den Assisen zu Köln*. Köln: Gerhard Pappers, 1831.



schen Vertreter des liberal und demokratisch gesinnten deutschen Bürgertums des frühen 19. Jahrhunderts ausweisen: Zum Beispiel sein eindeutiges Bekenntnis zum Rechtsstaat, zu einer unabhängigen Justiz, zu den Pflichten und Aufgaben des Staates gegenüber dem einzelnen Staatsbürger, dem Gemeinwesen und Allgemeinwohl – der Staat ist „doch nur um der Bürger willen da“<sup>65</sup> –, zu liberalen Freiheits-, Gleichheits- und Selbstbestimmungsrechten, zu politisch-rechtlichen Partizipationsforderungen sowie zur Verinnerlichung eines bürgerlichen Selbstverständnisses als dem allgemeinen Stand, als der „Vorhut“ der „in diesem Stand mehr und mehr aufgehenden Gesellschaft der Zukunft – eben der bürgerlichen Gesellschaft“<sup>66</sup>.

Daß Venedey mit seinen Erstlingswerken nicht nur auf Zustimmung stieß, mag angesichts des darin entwickelten demokratischen Wertekansons, Forderungskatalogs und der indirekt formulierten Kritik an den preußischen Rechtsinstitutionen nicht weiter überraschen. Zwar erregte der junge Rechtsgelehrte die Aufmerksamkeit des Heidelberger Strafrechtlers Karl Joseph Anton Mittermaier, der ihn in seinen Vorlesungen zitiert haben soll, und Julius Eduard Hitzigs, der ihn zur Mitarbeit an seinen *Annalen für deutsche und ausländische Kriminalrechtspflege* aufforderte.<sup>67</sup> Gleichzeitig hatte er aber auch das Mißtrauen der preußischen Behörden geweckt, zumal sich die Verdachtsmomente gegen ihn in den Augen der Justiz durch seine Mitgliedschaft in einem studentischen Leseverein in Köln und durch Briefe seiner Studienfreunde aus der revolutionär berüchtigten bayerischen Pfalz noch verdichteten. Der preußische Justizminister von Kamptz veranlaßte daraufhin persönlich seine Vorladung zu einer militärmedizinischen Untersuchung, und Venedey wurde, obwohl er aufgrund einiger schlecht verheilte Mensur- und Duellverwundungen vom Militärdienst befreit worden war, nach der erneuten Untersuchung für tauglich befunden und sollte zu einer dreijährigen Dienstzeit beim 28. Infanterie-Regiment in Köln einberufen werden. Dem obrigkeitlichen Zugriff konnte er sich jedoch durch die Flucht in die Pfalz im Mai 1832 entziehen.<sup>68</sup>

<sup>65</sup> Jakob Venedey, *Das Geschwornengericht* (wie Anm. 64), S. 253.

<sup>66</sup> Lothar Gall: *Bürgertum in Deutschland*. Berlin: Siedler, 1989, S. 23.

<sup>67</sup> Hermann Venedey, *Jakob Venedey* (wie Anm. 54), S. 10 u. 13.

<sup>68</sup> Hermann Venedey, ebd., S. 13-14; Koppen, *Jakob Venedey* (wie Anm. 54), S. 23-24; „Cöln, den 21ten September 1832. Polizey-Präsidium. Den in Manheim verhafteten Rechtskandidaten Jacob Venedey betreffende Verfügung vom 10. September 1832.“ u. „Köln, den 5ten September 1832. Der Regie-

Dort schloß er sich im selben Monat dem von Johann Georg August Wirth gegründeten Deutschen Preß- und Vaterlandsverein zur Unterstützung der freien Presse, dem ersten „Ansatz einer liberal-demokratischen gesamt-nationalen Parteigründung im vormärzlichen Deutschland“, an, nahm am Hambacher Fest und den sich anschließenden Versammlungen der Demokraten teil und wurde im Juni 1832 vom Preßverein als Emis-sär nach Norddeutschland gesandt, um die Stimmung der Bevölkerung zu erkunden, damit der Verein „beurtheilen könne, ob von einer Revolution ein günstiger Erfolg zu erwarten sey“<sup>69</sup>. Nach seiner Rückkehr im Juli 1832 arbeitete er zunächst als Redakteur an Franz Strohmeyers Zeitung *Der Wächter am Rhein* in Mannheim mit, wurde aber schon am 24. August „wegen Mangels an Legitimationspapieren“ verhaftet und im Stadtgefängnis arretiert, ehe eine Untersuchung gegen ihn „als Theilnehmer an den in Rheinbaiern und Baden stattgefundenen revolutionären Umtrieben“ und wegen versuchter Fahnenflucht von den preußischen und badischen Behörden eingeleitet wurde. Während seines Transports von Mannheim nach Köln konnte er Ende September 1832 bei einem Zwischenaufenthalt im Kantonsgefängnis Frankenthal mit Hilfe einheimischer Freunde entkommen und floh über Anweiler, Bergzabern und Weißenburg ins elsässische Straßburg, dem damaligen „Zufluchtsort deutscher politischer Flüchtlinge“<sup>70</sup>.

---

rungs-Präsident Delius. An das Königl. Polizey Präsidium.“, in: „*Acta betr.: den Rechtskandidaten Jacob Venedey.*“ (wie Anm. 58), Bl. 7-10.

<sup>69</sup> Zu Venedeys Mitgliedschaft im Preßverein, seiner Teilnahme am Hambacher Fest und zur Einschätzung des Preßvereins vgl.: Hardtwig, *Protestformen und Organisationsstrukturen* (wie Anm. 62), S. 55; Foerster, *Preß- und Vaterlandsverein* (wie Anm. 20), S. 32, 43-44 u. 64-65; „Darlegung der Hauptresultate aus den wegen der revolutionären Komplotte der neueren Zeit in Deutschland geführten Untersuchungen. Auf den Zeitabschnitt mit Ende Juli 1838“, abgedr. in: Kowalski, *Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus*, Bd. 2 (wie Anm. 21), S. 1-77, hier S. 24-26; Jakob Venedey: *Reise- und Rasttage in Deutschland. Ein Büchlein der Liebe. Erster Theil*. Hd. Ms. o.O. 1832, in: *BA Berlin-Lichterfelde, N1 Jakob Venedey*, N 2316/78.

<sup>70</sup> Zu Venedeys Inhaftierung, Verfahren und Flucht vgl.: „*Acta betr.: den Rechtskandidaten Jacob Venedey.*“ (wie Anm. 58), Bl. 1-3, 7-10, 15 u. 17-20; Jakob Venedey: *Venedeys Flucht nach Frankreich. Ein Revolutionär des Vormärz bricht aus dem Gefängnis aus*, in: *Damals. Zeitschrift für geschichtliches Wissen* 9 (1977), H. 1, S. 59-78; Paul Wentzcke: *Straßburg als Zufluchtsort deutscher politischer Flüchtlinge in den Jahren 1819 bis 1850*, in: *Elsaß-Lothringisches Jahrbuch* 12 (1933), S. 229-248, hier S. 229 u. 239-240.

In der Rue des Juifs Nr. 36 fand der 27jährige Venedey als Untermieter ein neues Domizil, knüpfte von hier aus Kontakte zu einzelnen Exilantenkreisen – darunter zu dem früheren Redakteur der Stuttgarter Zeitung *Der Hochwächter*, Rudolf Lohbauer, und dem schon vor ihm ins Elsaß geflohenen Franz Strohmeyer, mit denen er gemeinsam Flugblätter und eine Schrift über „Teutschland“ verfaßte – und gründete außerdem einen Verein der revolutionären Flüchtlinge, dessen Präsident er wurde.<sup>71</sup> Auf Druck der Bundesversammlung des Deutschen Bundes mußte die französische Regierung nach dem gescheiterten Frankfurter Wachensturm vom 3. April 1833 Venedey am 24. April aus dem grenznahen Straßburg ausweisen und bestimmte als neuen Aufenthaltsort für ihn das lothringische Nancy, wo ihm aufgrund seiner miserablen materiellen Situation ein vom französischen Staat den Refugiés gewährtes Salaire in Höhe von 60 Francs monatlich zugesprochen wurde. Bereits am 27. Mai 1833 organisierte er die Jahresfeier zum Hambacher Fest in Nancy, bei dem die deutschen Patrioten zusammen mit exilierten Polen und einheimischen Franzosen Lieder sangen und Gedichte rezitierten, trat am 16. September der Freimaurerloge St. Jean de Jérusalem bei und stiftete einen Verein der Deutschen, dem er wie in Straßburg vorstand.<sup>72</sup> Nach seiner Ankunft in Paris war er nach eigenen Aufzeichnungen während des Winters 1833/34 erneut in finanzielle Schwierigkeiten geraten, die sich erst im Frühjahr 1834 mit dem Antritt einer Korrespondentenstelle für die Augsburger *Allgemeine Zeitung (AAZ)*, für die er ab 1835 als ständiger Mitarbeiter bis zu seiner Rückkehr nach Deutschland tätig war,

<sup>71</sup> Zu Venedeys erstem Aufenthalt in Straßburg vgl.: Hermann Venedey, *Jakob Venedey* (wie Anm. 54), S. 27; Brief von Jakob Venedey an seine Schwester Gertrud aus Straßburg nach Köln vom 6. Oktober 1832, in: *BA Abt. Berlin-Lichterfelde, Nl. Jakob Venedey*, N 2316/60, Nr. 2-5. Zu den Flugblättern und der Schrift: „*Lohbauer aus Württemberg, Strohmeyer aus Baden, Venedey aus Rheinpreußen. Straßburg, den 1ten November 1832.*“ u. Dies.: *Teutschland. Von Teutschen.* Hd.Ms. Straßburg 1833, beide in: ebd., *Nl. Jakob Venedey*, N 2316/75, Nr. 13 u. N 2316/189, Nr. 1-12. Zu Venedeys Vereinstätigkeit: Glossy, *Literarische Geheimerichte, I. Teil* (wie Anm. 58), S. 21.

<sup>72</sup> Zum Aufenthalt in Nancy: Hermann Venedey, ebd., S. 49-50; „Lieder, gesungen bei dem von den deutschen Patrioten zu Nancy gefeierten Jahrestage des Hambacher Maifestes, den 27. Mai 1833.“, in: Wolfgang Schieder, *Anfänge der Arbeiterbewegung* (wie Anm. 20), S. 21; Glossy, ebd., S. 21. Aus dem Nachlaß: *Urkunde der „loge de St. Jean de Jérusalem de Nancy“ für „Jacques Venedey, Réfugié allemand“* vom 10. September 1833.

und mit der Übernahme der Redaktion eines deutsch-französischen Wörterbuchs besserten. Während der folgenden 15 Jahre im Exil verdiente er seinen Lebensunterhalt durch die Berichterstattung für verschiedene deutsche und französische Journale, für die er Reiseberichte, Feuilletons oder Analysen zum politischen Tagesgeschehen aus dem Herrschaftsgebiet des Bürgerkönigs Louis Philippe schrieb, und zwar nicht nur für die *AAZ*, sondern auch für die *Leipziger Allgemeine Zeitung*, die *Kölnische Zeitung* oder die *Revue de Rouen et de la Normandie*; auf diese Weise wirkte er als Mittler zwischen den Kulturen.<sup>73</sup>

Seine finanziellen Probleme zu Beginn des Jahres 1834 haben wohl auch seine politischen Aktivitäten gelähmt, denn obwohl er unmittelbar nach seiner Ankunft in der französischen Metropole Mitglied in der aus emigrierten Intellektuellen und wandernden Handwerksgehilfen gebildeten Filiale des Preßvereins, dem Deutschen Volksverein, wurde, trat er in diesem nicht näher hervor. Erst im Bund der Geächteten, den er im Frühjahr 1834 zusammen mit Karl Wilhelm Theodor Schuster nach karbonarischem Vorbild gründete, nahm er bis zu seiner ersten Ausweisung aus Paris eine politische Schlüsselfunktion ein. Diesen Geheimbund, der „Deutschlands Wiedergeburt im Geiste der politischen und sozialen Freiheit, der Gleichheit und der Einheit fördern“ wollte, leitete Venedey bis April 1835 und gab gleichzeitig zwischen Juli 1834 und Januar 1836 zwei Jahrgänge, bestehend aus zwölf Heften zu je 48 Seiten, des Journals „Der Geächtete“ heraus, das eine Reflektorstellung für die interne programmatische und politische Diskussion des Bundes einnahm.<sup>74</sup> Den

---

<sup>73</sup> Zu Venedeys Finanzsituation und den im Frühjahr 1834 übernommenen Stellen vgl.: Hermann Venedey, ebd., S. 53-54. Zu seiner Korrespondententätigkeit siehe: Artikel von Jakob Venedey in der *Revue de Rouen et de la Normandie*, in: *Archives départementales de la Seine-Maritime Rouen*, JPL 7/6-7/9; Briefwechsel zwischen Jakob Venedey und der F.A. Brockhaus Verlagsbuchhandlung, J.G. Cotta'schen Verlagsbuchhandlung, Joseph DuMont und Arnold Ruge, in: *BA Berlin-Lichterfelde, Nl. Jakob Venedey*, N 2316/6, 8, 10 u. 40; Best/Weege, *Biographisches Handbuch* (wie Anm. 53), S. 342, Sp. 2; Michael Werner: *Etrangers et immigrants à Paris autour de 1848: L'exemple des Allemands*, in: *Paris und Berlin in der Revolution 1848* hg. von Ija Mieck, Horst Möller u. Jürgen Voss. Sigmaringen: Jan Thorbecke, 1995, S. 199-213, insbes. S. 209-211.

<sup>74</sup> Dazu: Werner Kowalski: Artikel: Deutscher Volksverein (DVV). 1833-1834, in: Fricke/Fritsch/Gottwald, *Lexikon zur Parteiengeschichte* (wie Anm. 4), Bd. 2: *Deutsche Liga für Völkerbund – Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands*, S. 325-327; ders., *Bund der Geächteten* (wie Anm. 31), S. 210-

Gedanken an die Herausgabe einer solchen politischen Schrift hatte Venedey schon während seines Aufenthalts in Straßburg gehegt, dort aber wegen finanzieller Schwierigkeiten und seiner Ausweisung nicht realisieren können. In Paris schließlich, der Zufluchtsstätte vieler deutscher Handwerker und Arbeiter, die als potentielle Abonnenten in Frage kamen, schien das Unternehmen eine Chance zu haben. So schrieb er seinem Vater in einem Brief vom 3. Mai 1834, daß er eine Zeitschrift, die den Titel „Der Geächtete tragen“ sollte, herauszugeben beabsichtige.<sup>75</sup>

Die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift im Ausland erforderte zur damaligen Zeit einen großen Arbeitsaufwand: Neben einer zuverlässigen, die speziellen Interessen und Bedürfnisse der Emigranten ansprechenden Autorenschar brauchten die Intellektuellen und Handwerker auch einen Verleger mit deutschen Lettern für den Druck, konstant einlaufende finanzielle Mittel und damit im Prinzip einen festen Abonnentenstamm. Waren diese formalen Voraussetzungen erst einmal erfüllt, konnten die Zeitschriften als regelmäßig erscheinende Periodika und aufgrund ihres programmatischen Charakters durchaus „die Politik und Ideologie der dahinterstehenden Organisation“ widerspiegeln und „auch Rückschlüsse auf politische und ideologische Differenzierungen und Entwicklungsprozesse“ zulassen. Alle im Ausland publizierten Journale – zu denen zwischen 1834 und 1847 neben dem „Geächteten“ auch

---

217; ders. (Bearb.): *Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus. Teil 1: Zeitschriften aus der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung (1834-1847)* (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5/I). Berlin (Ost): Akademie, 1967, bes. S. XXIII-XXIV u. XXVII-XXIX; Friedrich Brügel: *Aus den Anfängen der deutschen sozialistischen Presse*. Neudr. der Ausgabe Wien 1929. Glashütten/Ts.: Detlev Auvermann, 1972, S. 19-26; „Acta betr.: den Rechtskandidaten Jacob Venedey.“ (wie Anm. 58), Bl. 24-39, 90-92 u. 96-97; zur Zeitschrift „Der Geächtete“: Jakob Venedey/Eduard Rauch/ Theodor Schuster (Hg.): *Der Geächtete. Zeitschrift in Verbindung mit mehreren deutschen Volksfreunden*, 2 Bde. Mit Vorwort von Werner Kowalski. Nachdr. der Originalausgabe Paris, Juli 1834 – Januar 1836. Leipzig: Zentralantiquariat der DDR, 1972; Jakob Venedey (Hg.): *Der Geächtete* [...]. Neudr. der Ausgaben Paris 1834/35. Glashütten/Ts.: Detlev Auvermann, 1972. Siehe auch: Volker Giel: Artikel: Der Geächtete (G), in: *Lexikon sozialistischer Literatur. Ihre Geschichte in Deutschland bis 1945* hg. von Simone Barck, Silvia Schlenstedt u.a. Stuttgart/Weimar: J.B. Metzler, 1994, S. 160-161, Sp.1.

<sup>75</sup> Vgl. Hermann Venedey, *Jakob Venedey* (wie Anm. 54), S. 72 u. 76-77, hier ist auch der Brief an seinen Vater vom 8. Juli 1834 zitiert, in dem er seine Hoffnung „auf eine segensreiche Wirkung der Zeitschrift“ zum Ausdruck bringt.

die Zeitschriften „Das Nordlicht“ und „Das Junge Deutschland“ des gleichnamigen Geheimbundes in der Schweiz, „Der Hülfesruf der deutschen Jugend“ und „Die junge Generation“ des Bundes der Gerechten sowie die „Kommunistische Zeitschrift“ des Bundes der Kommunisten gehörten – bilden daher sicherlich eine der aufschlußreichsten Quellen „für die politisch-ideologische Entwicklung der frühen deutschen Arbeiterbewegung“<sup>76</sup>.

Das erste Heft des „Geächteten“ gab Venedey unter dem, die folgenden Exemplare ebenfalls zierenden Motto „Erlöse uns vom Uebel! Amen!“ heraus und ließ es wie alle anderen Hefte in der Druckerei J. Smith in der Rue Montmorency, wo auch die Flugschriften des Deutschen Volksvereins hergestellt worden waren, drucken.<sup>77</sup> Im redaktionellen Vorwort kündigte er einen monatlichen Erscheinungsmodus der Zeitschrift an, den er auch bis Dezember 1834, zum Abschluß des ersten Jahrganges, einhalten konnte. Die Hefte des zweiten Jahrganges erschienen ab Februar 1835 zwar ebenfalls regelmäßig, aber nur im Zweimonatsrhythmus, und das letzte Heft des „Geächteten“ kam sogar erst nach einem Vierteljahr heraus. Diese Unregelmäßigkeiten wurden ohne Zweifel durch die mit Venedeys Ausweisung im Frühjahr 1835 erzwungene redaktionelle Umbesetzung hervorgerufen, in deren Folge der Elsässer Buchdrucker Eduard Rauch die Redaktionsleitung von dem Kölner Publizisten übernahm. Allerdings fungierte Rauch nur als reiner „Sitzredakteur“, da er als gebürtiger Franzose das Bundesorgan leichter vor der Beschlagnahmung durch die Regierung schützen konnte, und so dessen fortlaufender Bestand gewährleistet war<sup>78</sup>; zumal Rauch ansonsten keine aktive Rolle im Umfeld des Periodikums spielte, und in den bis zur Einstellung des Journals publizierten drei Nummern auch weiterhin eine Reihe von Artikeln von Venedey veröffentlicht wurden.

Warum die Zeitschrift schließlich eingestellt werden mußte, ist nicht mehr genau zu eruieren. Als Gründe hierfür sind jedoch neben dem insgesamt nachteiligen Ausscheiden Venedeys wohl vor allem finanzielle Probleme und Absatzschwierigkeiten des gesamten Unternehmens zu nennen. An die deutschen Handwerksgesellen und Arbeiter in der französischen Hauptstadt und der Schweiz adressiert, konnten die Herausge-

<sup>76</sup> Vgl. Werner Kowalski: Einleitung, in: Ders., *Vom kleinbürgerlichen Demokratis- mus zum Kommunismus*, Bd. 1 (wie Anm. 74), hier S. XVII.

<sup>77</sup> Vgl. Jakob Venedey, *Der Geächtete* (wie Anm. 74), 1. Jg. (1834), H. 1, Titelblatt; Kowalski, ebd., S. XXIV.

<sup>78</sup> Wolfgang Schieder, *Anfänge der Arbeiterbewegung* (wie Anm. 20), S. 147, Anm. 50.

ber nur so lange mit einem stabilen Abonnementkreis rechnen, wie die Zeitschrift zum festen Lektürerepertoire der einzelnen Zelte und Lager des Bundes der Geächteten gehörte. Der allmähliche Zerfall des Geheimbundes, die sich verändernden Interessen der Arbeiterbewegung und der relativ hohe Preis von einem französischen Franc pro Heft führten bald zu sinkenden Abonnements- und Verkaufszahlen, so daß die Redaktion immer mehr auf finanzielle Spenden von Flüchtlingen und auf die Mitgliedsbeiträge der „Geächteten“ angewiesen war und am Ende den Druck des Journals nach nur 500 Exemplaren einstellen mußte. Trotzdem erreichte „Der Geächtete“ einen erstaunlich hohen Verbreitungsgrad unter den deutschen Oppositionellen. Aufgrund des Austauschs mit dem in Zürich verlegten „Nordlicht“ von Friedrich Gustav Ehrhardt und Karl Cratz konnten sich die Handwerker in den dortigen Vereinen seit Anfang 1835 rund 30 Exemplare des Pariser Bundesorgans zu Gemüte führen. Im Deutschen Bund selbst wurde die Zeitschrift zumindest von den Tochtergesellschaften des Auslandsvereins rezipiert und war hier ein fester Bestandteil des Organisationsalltags. Außerhalb der Geheimzirkel verlief der Absatz aber eher schleppend, obwohl sich Venedey im Vorwort des ersten Heftes speziell an Interessenten in Deutschland gewandt und mit J. Schuler in Straßburg eine Bezugsadresse, mit der Rue Richelieu in Paris die Anschrift der Redaktion und mit den Namen von Buchhandlungen an der französischen, belgischen und schweizerischen Grenze einige Auslieferungsdepots mitgeteilt hatte.<sup>79</sup> Nicht zuletzt die scharfen Kontrollen der deutschen Grenzbehörden, die bereits im Juli 1834 von ersten Sendungen des „Geächteten“ erfahren hatten und durch „Polizei-Mittheilungen aus Paris“ über die Vertriebswege der Druckschriften informiert waren, behinderten zusehends deren Verbreitung in Deutschland.<sup>80</sup>

<sup>79</sup> Vgl. Kowalski, *Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus*, Bd. 1 (wie Anm. 74), S. XXIV-XXV; ders.: Vorwort zur Nachdruckausgabe, in: Jakob Venedey, *Der Geächtete* (wie Anm. 74), S. VII-XVIII, hier S. X.

<sup>80</sup> „Großherzoglich-Badische Regierung des Oberrhein-Kreises. Freiburg, den 17. September 1834.“, in: *BA Berlin-Lichterfelde, Nl. Jakob Venedey*, N 2316/75, Nr. 1-2, hier Nr. 2. Über die Vertriebswege der Druckschriften heißt es in den „Polizei-Mittheilungen aus Paris vom 22. Juli“ 1834, daß diese „größentheils durch deutsche Handlungsbeflissene expedirt, und oft mit Waaren fortgeschickt (werden), indem man sich derselben als Packpapier mit Vorsicht, um sie nicht zu beschädigen, bedient, bisweilen bringen Handlungs-Reisende solche Schriften mit“.

Kommt man auf den formalen Aufbau und die inhaltliche Gestaltung der Zeitschrift zu sprechen, dann fällt unmittelbar der als Schwerpunkt gesetzte, politisch-theoretische Aufsatzteil auf, der, obwohl sich „Der Geächtete“ an Handwerker und Arbeiter richten wollte, in erster Linie von Intellektuellen wie dem Publizisten Ludwig Börne, den Dichtern Heinrich Heine und Georg Fein, dem Zeitungskorrespondenten Richard Otto Spazier oder von Juristen wie den Advokaten Nicolaus Hallauer und Joseph Savoye bestritten wurde.<sup>81</sup> Der Großteil der Essays und die bedeutendsten Leitartikel stammten allerdings aus der Feder von Theodor Schuster und Jakob Venedey, der seine Aufsätze häufig mit dem Kürzel „J.D.“ versah, darunter Schusters „Gedanken eines Republikaners“, „Freiheit“ und „Der Kampf für eine bessere Zukunft“ sowie Venedeys „Deutschland. Sklave, Leibeigener, Untertan“, „Die Propaganda“, „Deutschlands große Nationalschuld“ und „Die Vorboten der nahenden Krisis in Deutschland“<sup>82</sup>. Neben dem umfangreichen und recht anspruchsvollen Aufsatzteil, der das Journal als Propagandaorgan der intellektuellen Führungsschicht der deutschen Flüchtlinge in Paris ausweist, enthielt „Der Geächtete“ zusätzlich noch einen informativen Nach-

<sup>81</sup> Dazu: Ludwig Börne: Rettung, in: Jakob Venedey, *Der Geächtete* (wie Anm. 74), 1834, S. 17-21; Heinrich Heine: Die zukünftige Revolution Deutschlands, in: Ebd., 1834, S. 262-267; Georg Fein: Politische Gedichte, in: Ebd., 1835, S. 15-20 u. 69-72; (Nicolaus) Hallauer: Der Flüchtling, in: Ebd., 1834, S. 69-71; Dr. (Richard Otto) Spazier: Einfluß der deutschen Städte auf die politische und intellectuelle Gestaltung von Deutschland, in: Ebd., 1834, S. 162-175; (Joseph) S(avoye): Deutschland und Frankreich. An den Herausgeber des Geächteten und Ders.: Deutschland und Frankreich. Zweiter Brief, in: Ebd., 1834, S. 61-68 u. 107-115. Zu Börnes Mitarbeit siehe auch: Ludwig Marcuse: *Ludwig Börne. Aus der Frühzeit der deutschen Demokratie*. Nachdr. der Ausgabe Rothenburg 1967. Zürich: Diogenes, 1980, S. 252.

<sup>82</sup> Die Artikel von Schuster finden sich in: Jakob Venedey, ebd., 1834, S. 202-218; ebd., 1835, S. 49-68, 97-124 u. 207-224; die Artikel von Venedey, in: Ebd., 1834, S. 145-150 u. S. 245-255 sowie seine Leitartikel, in: Ebd., 1834, S. 6-16, 49-60 u. 97-106; ebd., 1835, S. 1-14. Gedacht ist auch an folgende Artikel: Jakob Venedey: *Maßregeln zum Schutze des deutschen Buchhandels gegen den Nachdruck. Von J.D.*, in: Ebd., 1834, S. 22-29; Ders.: 32, in: Ebd., 1834, S. 116-121; Ders.: *Vorrede zum Almanach de Gotha, als Neujahrs Geschenk für das Jahr der Gnade 1835*, in: Ebd., 1834, S. 256-261. Von der Forschung wurden Venedey noch weitere Artikel zugeschrieben: Hermann Venedey, *Jakob Venedey* (wie Anm. 54), S. 84; Wolfgang Schieder, *Anfänge der Arbeiterbewegung* (wie Anm. 20), S. 147-148, Anm. 53.



richtenteil, der sich auf die Rubriken „Deutsche Örtlichkeiten“ und „Auszüge aus dem Briefwechsel des Geächteten“ verteilte und den Lesern das Neueste aus der Heimat berichtete. Diese oft kritisch abgefaßten ‚Politnotizen‘ äußerten sich zu so unterschiedlichen Themen wie der Fürstenherrschaft, der Zensur oder den Debatten in den süddeutschen Landtagen.<sup>83</sup> Welche ideologischen Auffassungen standen nun hinter den Aufsätzen und Nachrichten? Anders gefragt: welche politischen Standpunkte vertrat „Der Geächtete“ unter der redaktionellen Leitung von Jakob Venedey, und wie wirkten sich diese auf die ideologisch-programmatische Entwicklung des Bundes der Geächteten aus? Diese Fragen sollen anhand eines Überblicks über einige ausgewählte Artikel von Venedey geklärt und dabei seine politische Vorstellungswelt näher bestimmt werden.

Abweichend von gängigen Forschungsmeinungen waren Theodor Schuster und Jakob Venedey zu Beginn ihrer Redaktionsarbeit keineswegs grundsätzlich ideologisch voneinander getrennt. Im Gegenteil, sie scheinen eng miteinander zusammengearbeitet, sich als „politische Typen“ – auf der einen Seite Schuster als der sich um eine genaue Begrifflichkeit bemühende, mehr „konstruktiv-planende Kopf“ und auf der anderen Seite Venedey als der „gefühlbetonte Ideologe“ und aufrüttelnde Kritiker – gut ergänzt und sich gegenseitig als Politiker und Berufskollegen sehr geschätzt zu haben, wie man einem Brief von Schuster an Venedey vom 18. November 1834 entnehmen kann.<sup>84</sup> Beide setzten die Kritik, die schon die anonymen Verfasser der Flugblätter des Deutschen Volksvereins an den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland geübt hatten, im „Geächteten“ fort und versuchten, den deutschen Handwerksgesellen das soziale Mißverhältnis, in Schusters Worten die „außerordentliche Unverhältnismäßigkeit im Güterbesitz“ und nach Venedey die „schreiende Ungleichheit“ zwischen dem Überfluß einiger Reicher und der Armut der großen Masse, zu veranschauli-

<sup>83</sup> Kowalski, *Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus*, Bd. 1 (wie Anm. 74), S. XXVI. Die als Korrespondenzteil aus Deutschland und anderen europäischen Staaten gedachte Rubrik „Auszüge aus dem Briefwechsel eines Geächteten“ wird erst ab dem zweiten Heft des ersten Jahrganges in den Nachrichtenteil der Zeitschrift aufgenommen und endet im fünften Heft des zweiten Jahrganges.

<sup>84</sup> Wolfgang Schieder, *Anfänge der Arbeiterbewegung* (wie Anm. 20), S. 191; Brief von Theodor Schuster an Jakob Venedey vom 18. November 1834, in: *BA Berlin-Lichterfelde, Nl. Jakob Venedey*, N 2316/47, Nr. 36.

chen. Dabei ging es Venedey weniger um eine wissenschaftliche Analyse als vielmehr um die anschauliche Darstellung der sozialen Mißstände, und dementsprechend gerieten seine Anklagen oft in die Nähe kämpferischer Pamphlete:

Dreißig Millionen Menschen leben in Deutschland, acht und zwanzig Millionen von diesen – Bauern, Knechte, Tagelöhner, Handwerker und sonstige Sklaven – arbeiten Jahr aus Jahr ein, ohne am Ende des Jahres einen einzigen Rasttag gehabt zu haben, ohne oft einen einzigen Tag gehabt zu haben, an dem sie sich satt gegessen. Von den noch übrigen zwei Millionen sind drei Viertel die bevorzugten Sklaven, denen man nicht Alles nimmt, die man oft selbst beschenkt und bevorteilt, um sie gegen ihre Mitbrüder zu deren Unterdrückung gebrauchen zu können; die man in Ueberfluß leben läßt, damit ihr Jubelruf, das Jammern und die Weheklagen der übrigen übertäube. Und das letzte Viertel jener zwei Millionen sind die Herren, deren Genossen, deren Lieblinge, und die Aufseher der Sklaven, die unter tausend Titeln, in Würden und Aemtern, mit Gold beschenkt des Sklaven Arbeit verzehren [...]<sup>85</sup>

Mit Hilfe derartiger Zustandsbeschreibungen kritisierte er die politischen und sozialen Zustände in seinem Heimatstaat Preußen, dessen Regierungsorgane und Behörden in seinen Augen nur die Aufgabe hatten, die ökonomische „Ausbeutung der Mehrzahl des Volkes durch eine bevorzugte Minderzahl“ und die staatliche Unterdrückung voranzutreiben. Wie er in seinem ebenfalls 1834/35 in Paris geschriebenen Buch „Preussen und Preussenthum“ erläuterte, würde der preußische Staat unter dem Deckmantel „dem Scheine des Volkswohls, der Aufklärung, des Fortschrittes und der Freiheit“, mit dem es ihm „leider nur zu oft“ schon gelungen sei, „die Masse selbst der denkenden Männer in Deutschland zu täuschen“, nur seine Macht und eigenen Herrschaftsinteressen verfolgen, die auf „Verdummung, Rückschritt, Knechtessinn und Knechtschaft“ hinauslaufen würden. Daher müsse man endlich, „den Getäuschten die Augen [...] öffnen“, sobald die Gelegenheit dazu gegeben sei.<sup>86</sup> Diese aufklärerische Haltung des Preußen-Buches läßt sich, verbunden mit einer gewissen Aufbruchsstimmung, auch im „Ge-

<sup>85</sup> Jakob Venedey: *Deutschland. Sklave, Leibeigener, Unterthan*, in: Ders., *Der Geächelte* (wie Anm. 74), 1834, S. 8.

<sup>86</sup> Vgl. Jakob Venedey: *Preussen und Preussenthum*. Mannheim: Im Selbstverlage des Verfassers, 1839, S. 1-2.

ächteten“ wiederfinden. Gleich in den „Schlußbemerkungen“ des ersten Heftes legte Venedey die Ziele, „für die der Geächtete seine Stimme erheben wird“, in einem „Glaubensbekenntniß“ dar, das sich um „Freiheit für alle“ Menschen, „Gleichheit vor dem Gesetze und [...] vor den Menschen“ sowie um eine internationale Völkergemeinschaft drehte. Gleichzeitig appellierte er an die deutschen Flüchtlinge, sich unter dem Motto „Alle für Einen! – Einer für Alle!“ zusammenzuschließen und für die Verwirklichung des demokratischen Programms zu kämpfen.<sup>87</sup>

Wie er sich die Umsetzung der von ihm als Ziel proklamierten, politisch und rechtlich verstandenen „Gleichheit vor den Menschen“ vorstellte, die gerade den im Zuge der Industrialisierung sozial und ökonomisch auf der Strecke gebliebenen, pauperisierten Bevölkerungsschichten zugute kommen sollte, blieb in seinen ersten Artikeln noch ungeklärt. In ihnen wollte er vor allem die deutschen Flüchtlinge politisch wachrütteln, sie aufklären und im doppelten Sinne um den „Geächteten“ sammeln – als regelmäßige Leser der Zeitschrift und als Mitglieder des Geheimbundes. Allerdings würde man Venedey unrecht tun, unterstellte man ihm, daß sich seine Zielsetzung, wie die der deutschen Liberalen, nur in der Verfolgung der politischen Freiheit und Gleichheit erschöpfen würde. Im Gegenteil, bereits in seinem nächsten Leitartikel im „Geächteten“ brachte er sein Engagement für die Errichtung einer demokratischen, rechtsstaatlichen und darüber hinaus einer sozialen Republik zum Ausdruck. So betrachtete er in seinem Leitartikel „Die Propaganda“ die ausschließliche Änderung der „Form einer Regierung“ und die alleinige Einführung einer „freien Volksverfassung“ als nutzlos, wenn „nicht auch das Wesen der Regierung“ geändert würde; daher müßte nach der Schaffung der demokratischen Volksherrschaft auch der Grundsatz der Gleichheit als Verfassungsprinzip verankert, von der Regierung anerkannt und verwirklicht werden. Dieser Gleichheitsgrundsatz hatte für Venedey jedoch nichts mit dem frühsozialistischen Eigentumsbegriff einer ökonomischen Besitzstandsgleichheit zu tun. Vielmehr plädierte er mit Blick auf die Durchsetzung des Gemeinwohls als dem eigentlichen Staatszweck und im Sinne der Lehren des französischen Radikaldemokraten Félicité-Robert de Lamennais für die staatliche Anerkennung und gesetzliche Sicherung des Rechts auf Arbeit, die Einführung einer staatlichen Arbeitslosen- und Sozialfürsorge sowie für die Etablierung eines pro-

---

<sup>87</sup> Jakob Venedey: *Schlußbemerkungen der Redaktion*, in: Ders., *Der Geächtete* (wie Anm. 74), 1834, S. 46-48.

gressiven Steuersystems zur „Besteuerung des Ueberflusses“. Jakob Venedeys Vorstellungen von einer sozialen Republik zielten also im wesentlichen auf eine sozial *gerechtere* Republik ab, die einerseits ihre Staatsbürger nicht völlig wehrlos den Konjunkturen einer am Markt ausgerichteten Wirtschaft überläßt, sondern ihnen durch bestimmte Sozialleistungen ein gewisses Existenzminimum sichert, und die andererseits durch eine gestaffelte Einkommenssteuer für eine gerechtere Belastung der Bevölkerung und für einen geregelten Finanzetat zur Deckung der Staatsausgaben sorgt.<sup>88</sup> Mit diesen sozialpolitischen Vorstellungen ging der Kölner Publizist zwar nicht deutlich über die Forderungen des „Glaubensbekenntnisses eines Geächteten“ von 1834 hinaus, jedoch läßt sich feststellen, daß sein politisches Denken stark von der Suche nach realisierbaren sozialstaatlichen Modellen beherrscht war, und er auf reformerischem – und nicht auf revolutionärem Wege – die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ändern wollte.

Nachdem er nicht zuletzt wegen der Herausgabe des „Geächteten“, einer der führenden Zeitschriften der frühen deutschen Arbeiterbewegung, wegen seiner Leitungsfunktion in einem der bedeutendsten deutschen Auslandsvereine des Vormärz und seiner politischen und kulturellen Meinungsführerschaft in intellektuellen Exilantenzirkeln und der außerdeutschen demokratischen Oppositionsbewegung seit dem Frühjahr 1835 offiziell des „Hochverraths“ angeklagt und steckbrieflich gesucht worden war und die preußische Regierung erneut Druck auf die französischen Behörden wegen seiner Auslieferung ausgeübt hatte, wurde Venedey „als politischer Flüchtling, als ein Mensch, auf dem das schreckliche Verbrechen lastet, eine Ueberzeugung zu haben“, im April 1835 zum ersten Mal von Paris nach Le Havre ausgewiesen.<sup>89</sup> Bei dieser Ausweisung hatte Venedey sogar noch ‚Glück im Unglück‘, sollte er doch ursprünglich auf Befehl des Pariser Polizeipräsidenten Gisquet die Metropole innerhalb von acht und den französischen Staat innerhalb von 14 Tagen verlassen, und nur aufgrund der Intervention Heinrich

<sup>88</sup> Jakob Venedey: *Die Propaganda*, in: Ebd., S. 49-60, hier S. 55 u. 57-59. Zu Lamennais' Lehre und deren Auswirkungen auf die Programmatik der frühen deutschen Arbeiterbewegung vgl. die Ausführungen bei: Wolfgang Schieder, *Anfänge der Arbeiterbewegung* (wie Anm. 20), S. 227-240.

<sup>89</sup> „Acta betr.: den Rechtskandidaten Jacob Venedey.“ (wie Anm. 58), Bl. 113-114; Jakob Venedey: *An Freund und Feind*, in: Ders., *Der Geächtete* (wie Anm. 74), 1835, S. 94-96, hier S. 96. Vgl. seine Aufenthaltsgenehmigung für Le Havre vom 4. Mai 1837. In: *BA Berlin-Lichterfelde, Nl. Jakob Venedey*, N 2316/64.

Heines bei dem französischen Innenminister Adolphe Thiers wurde dieses Urteil abgemildert und Venedey noch ein Reisekostenzuschuß in Höhe von 150 Francs zugesprochen.<sup>90</sup> Ein halbes Jahr später, Ende 1835, war es ihm dann zwar möglich, unbehelligt in die französische Hauptstadt zurückzukehren; bereits im März 1837 wurde er jedoch nach einer Rede bei der Beerdigung seines Freundes Ludwig Börne wiederum in die für seine journalistischen Tätigkeiten und wissenschaftlichen Studien völlig uninteressante und kulturell brachliegende normannische Provinz- und Hafenstadt verbannt. Erst im Februar 1839 konnte er endgültig sein Domizil ohne weitere Auflagen nach Paris verlegen, um seine Arbeiten in dem dort herrschenden, ihn anregenden geistig-politischen Klima fortzusetzen. Zuvor hatten sich einige französische Intellektuelle massiv für seine Rückkehr eingesetzt, so der Historiker Auguste Mignet und der Naturforscher François Arago, der Venedeys Fall am 14. Juli 1838 sogar in der französischen Deputiertenkammer zur Sprache brachte und ihn im Zuge dieser parlamentarischen Interpellation „zu den wissenschaftlichen Notabilitäten des Auslandes“ zählte, die in Paris Zuflucht suchen müßten und denen Unterstützung oder zumindest Anerkennung gebühren würde.<sup>91</sup> Von 1840 bis 1848 pendelte Venedey mehrfach für seine Recherchen als Zeitungskorrespondent zwischen Paris, Boulogne-sur-Seine, Pontoise und Le Havre hin und her und unternahm zusätzlich noch Reisen durch die Normandie, Südfrankreich, das Elsaß, die Schweiz, England, Irland und nach Belgien; zwischen dem 28. September und 11. Oktober 1845 besuchte er zudem mit Erlaubnis der preußischen Regierung für 14 Tage seine Familie in Köln.<sup>92</sup> Nach Ausbruch der Revolution 1848 kehrte Jakob Venedey dann nach 16jährigem Exil zwi-

<sup>90</sup> Brügel, *Aus den Anfängen*, S. 23 (wie Anm. 74); Fritz Mende: Nachwort, in: Jakob Venedey: *Reise- und Rasttage in der Normandie*. In *Auszügen* hg. von dems. Berlin (Ost): Rütten & Loening, 1986, S. 459-474, hier S. 465-466.

<sup>91</sup> Zu Venedeys Rede bei Börnes Beerdigung, zu seinem Aufenthalt in Le Havre und seiner Rückkehr nach Paris vgl.: Marcuse, *Ludwig Börne* (wie Anm. 81), S. 254-255; Mende, Nachwort (wie Anm. 90), S. 466-467.

<sup>92</sup> Best/Weege, *Biographisches Handbuch*, S. 342, Sp. 1; Bublies-Godau, *Gegen den Strom*, S. 155 (beide wie Anm. 53); Jakob Venedey: *Tagebücher aus der Emigration*, in: *BA Berlin-Lichterfelde, Nl. Jakob Venedey*, N 2316/73; Ders.: *Reise- und Rasttage in der Normandie*. Leipzig: Friedrich Fleischer, 1838; Ders.: *Elsässer Erinnerungen*. Ms. o.O. (1840); Ders.: *Irland*. 2 Bde. Leipzig: F.A. Brockhaus, 1844; Ders.: *Das südliche Frankreich. 2 Theile*. Frankfurt/M.: Literarische Anstalt, 1846; Ders.: *Vierzehn Tage Heimathluft*. Leipzig: Wilhelm Jurany, 1847.

schen dem 20. und 25. März aus Paris nach Köln zurück, nachdem er zuvor die Ereignisse der französischen Februarrevolution intensiv beobachtet hatte, um „in Deutschland die Sache von der rechten Seite darstellen“ zu können.<sup>93</sup>

Kann man Jakob Venedey, den Führer des geheimen Bundes der Geächteten in den Jahren 1834/35, der sich vornehmlich aus radikaldemokratisch und frühsozialistisch gesinnten Intellektuellen, Handwerksgesellen und Meistern zusammensetzte, nun zur Geschichte und Tradition der deutschen Demokratie rechnen? Nach der Schilderung von Venedeys Lebensweg und Lebensstationen im Vormärz und der Skizzierung seiner Tätigkeit in dem Pariser Geheimbund könnte der Versuch einer solchen historischen Einordnung problematisch erscheinen. Vor dem Hintergrund seiner zuvor geschilderten politischen Grundanschauungen und Leitvorstellungen und seinem langjährigen Einsatz für die Demokratie kann man jedoch abschließend feststellen, daß der rheinische Politiker, Schriftsteller und Gelehrte stets ein Anhänger „einer bürgerlichen Republik amerikanischen Musters“ gewesen war und geblieben ist, stets „auf ‚politischer‘ Freiheit als Voraussetzung sozialer Verbesserungen“ beharrt hatte und zudem fest davon überzeugt war, daß, wie er in seinem Leitartikel „Die Propaganda“ in der Zeitschrift „Der Geächtete“ ausführte, die „Unterstützung des Bedürftigen, die Sicherung des Nothwendigen, die Besteuerung des Ueberflusses [...] zur Gleichheit im Wesentlichen führen (und) die Freiheit und das Glück Aller sichern“ werde.<sup>94</sup> Ohnehin hatte Venedey schon frühzeitig vor der kommunistischen Einflußnahme im Bund der Geächteten gewarnt und auf den einsetzenden Spaltungsprozeß zwischen den „Geächteten“ und dem Bund der Gerechten aufmerksam gemacht. Er hatte sich als entschiedener Demokrat und Anhänger von gemäßigten Sozialstaatsmodellen, dessen Ziel die Schaffung einer den Grundsätzen der bürgerlich-freiheitlichen De-

---

<sup>93</sup> Zu Venedeys Rückkehr nach Deutschland: Briefe von Ludwig August von Rochau an Jakob Venedey aus Heidelberg nach Paris vom 20. und 25. März 1848, in: *BA Koblenz, FSg. 1/184 Venedey* Fol. 1-128, hier Fol. 24 u. 26; Brief von Jakob Venedey an Karl Theodor Welcker aus Paris vom 5. März 1848, in: Abschriften aus dem Nachlaß Karl Theodor Welcker zur 1848er Bewegung, ebd., *FSg. 1/192 Welcker* Fol. 1-8, hier Fol. 7; Brief von C. Bodmer an Jakob Venedey in Köln vom 27. März 1848, in: *BA Berlin-Lichterfelde, Nl. Jakob Venedey*, N 2316/94, Nr. 40.

<sup>94</sup> Dazu: Höppner/Seidel-Höppner, *Der Bund der Geächteten* (wie Anm. 24), S. 67-68; Jakob Venedey, *Die Propaganda* (wie Anm. 88), S. 59.

mokratie verpflichteten, sozial gerechteren Republik, aber eben keiner proletarisch-kommunistischen Volksrepublik gewesen war, schon im Herbst 1835 dezidiert gegen diesen politischen Gegner ausgesprochen, in der Folge gegen die von den kommunistischen Bundesmitgliedern eingeleitete Block- und Fraktionsbildung innerhalb des Geheimbundes gekämpft und schließlich nach der Niederlage in den innerparteilichen Flügelkämpfen sofort die erforderlichen Konsequenzen gezogen. Darauf weisen jedenfalls die bereits im Dezember 1834 gemachten Vorschläge zur Bekämpfung diktatorisch agierender Parteien und seine fortlaufenden Warnungen vor der parteilichen Zersplitterung der außerhalb Deutschlands bestehenden demokratischen Oppositionsbewegung hin. Wie er in ersten Retrospektiven aus dem Jahre 1848 über diesen Spaltungsprozeß aussagte, hatte er sich schon vor seiner Ausweisung aus Paris im Jahre 1835 darum bemüht, „das Eindringen des Kommunismus, den die Schüler Buonarrotti den deutschen Arbeitern zu predigen versuchten, in die deutschen Vereine zu verhindern und ihnen den Charakter der rein politischen Propaganda zu erhalten“. Während seiner ersten Verbannung in Le Havre zwischen April und Oktober 1835 sollen dann aber die Anhänger der kommunistischen Lehre einen solchen Einfluß im Bund gewonnen haben, daß gegen sie nichts mehr auszurichten gewesen sei, und „ein förmlicher Bruch zwischen den Gütergemeinschaftlern und ihren Gegnern den Verein“ gesprengt habe. Auch er habe daraufhin den Bund verlassen.<sup>95</sup>

Untersucht man abschließend die Rezeption und Wirkung seiner politischen Ideale unter den Mitgliedern des Bundes der Geächteten, so kommt man zu dem Ergebnis, daß Jakob Venedey durchaus als einer der geistigen Führer des Geheimbundes zu bezeichnen ist, da der Mehrheit der Bundesmitglieder die politischen Grundsätze und Ziele, die Venedey in seinen Artikeln propagiert hatte, geläufig waren. Dies geht zumindest aus den Verhören der in Deutschland verhafteten Handwerksgesellen hervor, die in ihren Ausführungen gegenüber den Behörden angaben, daß die Schaffung einer gesamtdeutschen demokratischen Republik das zentrale Ziel der „Geächteten“ gewesen sei. So erklärte der Gürtlermeister Tritschler vor dem Oberamt zu Offenburg am 21. Dezember 1840, daß Venedey ihm „im allgemeinen“ gesagt habe, „der Bund bezwecke, Deutschland in ein Reich zu verwandeln, die Fürsten zu verjagen und ein vom Volk zu erwählendes Oberhaupt aufzustellen“. Und auf Nachfrage

---

<sup>95</sup> Hermann Venedey, *Jakob Venedey* (wie Anm. 54), S. 76.

konkretisierte er diese Aussage dahingehend, daß „Deutschland ein Reich, und zwar eine Republik werden sollte“. Auch Venedeys Vorstellungen von einer sozial gerechten Republik und seine in diesem Zusammenhang aufgestellten Forderungen fanden bei den einfachen Mitgliedern der „Geächteten“ ihren Niederschlag. Für den Schreinergehilfen Friedrich Merle aus Homburg zum Beispiel strebte der Bund die Errichtung eines „Freistaats“ in Deutschland an, der „noch bessere Einrichtungen [...] als die freien Staaten der Schweiz und Nordamerikas“ erhalten sollte, vor allem Freiheit und Gleichheit sollten „mehr Wirklichkeit sein“, indem „hinsichtlich des Eigentums die Einrichtungen getroffen werden, daß der Arme gar keine Abgabe, der Reiche aber desto mehr Abgaben bezahlen müsse, damit dem Armen hiervon sein Teil zugewiesen werde“<sup>96</sup>.

Im Hinblick auf Jakob Venedeys politische Programmatik wie auch seine Rolle als Führer des Bundes der Geächteten und als Herausgeber des bundeseigenen Publikationsorgans „Der Geächtete“ läßt sich somit resümierend festhalten, daß der bürgerliche Intellektuelle, Flüchtling und Emigrant an herausragender Stelle politisch meinungs-, willens- und ideologiebildend in einem der ersten Pariser Auslandsvereine der frühen deutschen Arbeiterbewegung gewirkt hat. Dies tat er in erster Linie zur Verbreitung demokratisch-republikanischer Auffassungen, die auf die Etablierung eines geeinigten deutschen Nationalstaates in Form einer föderativen Republik und einer freiheitlich-parlamentarischen, dem Rechts- und Sozialstaat verpflichteten Demokratie durch die oppositionelle Partei *aller* deutschen Demokraten abzielten. Ordnet man diese Charakterisierung Jakob Venedeys als Führungspersönlichkeit einer Parteien-Vorform, als engagierter Publizist und überzeugter Demokrat während seiner ersten Exiljahre in der orléanistischen Julimonarchie in Frankreich zwischen 1832 und 1836 seinem politischen Lebenslauf und der Frage nach der Weitergabe politischer Denk- und Handlungsmuster von einer Generation zur anderen zu – anders gefragt, wie zum Beispiel die Familien Heinzen, Metternich und Venedey „ihr demokratisches Credo von einer Generation zur anderen übermittelten“<sup>97</sup>: Dann kann man mit

<sup>96</sup> Zu den Verhören des Gürtlermeisters Tritschler und des Schreinergehilfen Merle (vor dem Justizamt in Homburg vor der Höhe am 23. November 1840): „Zusammenstellung der Untersuchungsergebnisse“ (wie Anm. 21), S. 126-127.

<sup>97</sup> Vgl. die Ausführungen zu den Familien von Michael und Jakob Venedey, Joseph und Karl Heinzen, Matthias und Germain Metternich sowie von Daniel Pistor, Johann Philipp Becker und Andreas Joseph Hofmann: Walter Grab:



Blick auf die nunmehr 200jährige Geschichte der Familie Venedey, „einer Familie entschiedener Demokraten, Republikaner und ihr Vaterland liebenden wie an ihm leidenden Patrioten ,von Michel 1789 zu Michael 1998“<sup>98</sup>, zu dem Schluß kommen, daß es sowohl ideen-, als auch personen- und familienhistorische Kontinuitäten im deutschen demokratisch gesinnten Bürgertum und in einer von der bürgerlichen Linken getragenen, oppositionellen politischen Kultur gegeben hat. Was vereins- und parteiengeschichtlich als ein bedeutender Kontinuitätsstrang oppositioneller Strömungen und Bestrebungen in Deutschland vom ausgehenden 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts am Beispiel aufklärerischer Sozietäten, neojakobinischer konstitutioneller Zirkel, burschenschaftlicher Studentenverbindungen und der rheinpfälzischen Demokratiebewegung zur Zeit des Hambacher Festes, aber auch der radikal- bzw. sozial-demokratischen Auslandsvereine und intellektuellen Emigranten zirkel im vor-märzlichen Exil herausgearbeitet und dargelegt werden kann, ist auch auf

---

Die Kontinuität der demokratischen Bestrebungen 1792-1848. Zusammenfassung der Tagungsergebnisse, in: Büsch/Ders., *Die demokratische Bewegung* (wie Anm. 6), S. 439-452, hier S. 446-448; Axel Kuhn: *Jakobiner im Rheinland. Der Kölner konstitutionelle Zirkel von 1798*. Stuttgart: Ernst Klett, 1976, S. 179-181; Kurt Baumann: Die Kontinuität der revolutionären Bewegungen in der Pfalz von 1792 bis 1849, in: *Hambacher Gespräche* hg. von Johannes Bärmann, Alois Gerlich u. Ludwig Petry, Bd. 1, Wiesbaden: Steiner, 1964, S. 1-19; Foerster, *Preß- und Vaterlandsverein* (wie Anm. 20), S. 101.

<sup>98</sup> Bublies-Godau, Son cœur (wie Anm. 53), S. 103; Hofmann, Freiheit, Gleichheit – Venedey (wie Anm. 51), im Titel des Artikels. Gemeint ist die Geschichte der Familie Venedey: Von dem Kölner Jakobiner, Cisirhenanen und Moderateur des Konstitutionellen Zirkels von 1798, Michael Venedey (1770-1846); über den deutschen Demokraten, Vordenker der europäischen Einigung, „Geächteten“, Paulskirchenabgeordneten und Führer der Deutschen Volkspartei in Baden, Jakob Venedey (1805-1871); seine Ehefrau, die badische Republikanerin, Revolutionsteilnehmerin, „Heckerin“ und Anhängerin der bürgerlichen Frauenbewegung, Henriette Venedey geb. Obermüller (1817-1893); bis hin zu ihrem Sohn Martin Venedey (1860-1934), einem führenden Vertreter des süddeutschen Linksliberalismus vor dem Ersten Weltkrieg, badischen Landtagsabgeordneten von 1891 bis 1918 und Mitglied der DDP und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der Weimarer Republik; sowie ihren Enkeln Hans (1902-1969) und Hermann Venedey (1904-1980), beide überzeugte (Sozial-)Demokraten, entschiedene Gegner des Faschismus und Emigranten während der nationalsozialistischen Herrschaft im Dritten Reich.

der Ebene der diese Organisationen politisch-programmatisch wie politisch-praktisch gestaltenden Menschen nachweisbar. Wie insbesondere die Geschichte der Familie Venedey, der von ihr vertretenen politischen Weltanschauungen und Grundhaltungen sowie der von ihr frequentierten und geführten Bewegungen, Assoziationen und Parteien zeigt, hat es in Deutschland seit den Zeitläuften der Spätaufklärung und Französischen Revolution eine ganz konkrete Kontinuitätslinie des bürgerlichen Demokratismus und Linksliberalismus gegeben, die sich organisatorisch, programmatisch und eben auch personell festmachen läßt. Diese bildet bislang eine noch viel zu wenig beachtete Gegenströmung und Gegenbewegung zum historiographisch eingehend erforschten deutschen Liberalismus.<sup>99</sup> Zugleich liefert sie Ansätze zu einer ungeheuer vielschichtigen und facettenreichen Geschichte der Demokratie in Deutschland im ‚langen‘ 19. Jahrhundert, ihrer Ursprünge und Anfänge, ihrer Entwicklungsphasen und -formen, ihrer Durchbrüche und Erfolge, aber auch ihrer Krisen und Rückschläge.<sup>100</sup>

---

<sup>99</sup> Zur Liberalismusforschung vgl. u.a. die Arbeiten von: Wolfgang Schieder (Hg.): *Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1983; Dieter Langewiesche (Hg.): *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Dreißig Beiträge*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1988; Ders.: *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1988; Ders. (Hg.): *Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert*. München: R. Oldenbourg, 1995.

<sup>100</sup> Zu den biographischen Desideraten in der deutschen Demokratieforschung und -geschichtsschreibung und zu den Ansätzen, wie eine Geschichte der frühen Demokratie in Deutschland geschrieben werden kann, siehe noch einmal: Bublies-Godau, *Son cœur* (wie Anm. 53), S. 94-105 und demn. die Biographie Jakob Venedeys.